Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

Klassenkampf

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Kommunistischer Bund Österreichs. Für den Inhalt verantwortlich: Wolfgang Stagel, alle 1020 Wien, Krummbaumgasse 1. Druck: Alois Wieser Gesellschaft m.b.H., 1040 Wien, Kienößlgasse 12. Verlagspostamt 1040 Wien. Inland: Jahresabonnement S 150,-, Halbjahresabonnement S 75,-. Ausland: Jahresabonnement S 224,-, Halbjahresabonnement S 112,-. Zu beziehen über: Alois Wieser Gesellschaft m.b.H./Vertrieb, Postfach 13, 1042 Wien, Telefon 0222/57-37-23. Redaktion: 1042 Wien, Postfach 52, Telefon: 0222/57-37-59. Journaldienst: Mo. - Fr. 18 - 19.30 Uhr.

Pbb Erscheint 14-tägig am Donnerstag Preis S 5,-

16. Februar 1978 3.Jg Nr.4/78

Keine Inbetriebnahme von Zwentendorf – Volksabstimmung !

Am Sonntag, dem 9. April, wird, einem Beschluß der Konferenz der IÖAG (Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner) zufolge, ein Großaktionstag mit einer zentralen Demonstration zum Parlament hin stattfinden. Damit soll klargestellt werden: Die gesamte Parlamentsdebatte über AKW ist ein großer Betrug, jeder Beschluß für eine Inbetriebnahme ist gegen die Interessen des österreichischen Volkes gerichtet und wird nicht anerkannt, der Kampf gegen die Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf geht weiter. Das Parlament hat nichts zu entscheiden, und zwar in zweierlei Hinsicht: Erstens, weil die für das Volk ungreifbaren „Volksvertreter" kein Recht haben, gegen den Willen und das Interesse der großen Mehrheit zu entscheiden. Zweitens, weil laut dem „Regierungsbericht Kernenergie" sowieso – „entsprechend den rechtsstaatlichen Grundsätzen – bei Erfüllung aller Voraussetzungen ein Rechtsanspruch auf Erteilung einer Einrichtungs- bzw. Betriebsbewilligung besteht" (S.84).

Diese rechtsstaatlichen Grundsätze schützen das kapitalistische Privateigentum, im Falle der Atomkraftwerke ist das gut zu sehen. Auch der volksbetrügerische Charakter der parlamentarischen Quatschbude wird gut sichtbar, wenn man das Mitte April bevorstehende Ergebnis der unter dem Druck des Volkes entstandenen Streitereien zwischen den bürgerlichen Parteien betrachtet: Ein klarer Mehrheitsbeschluß für eine Inbetriebnahme, sobald die Herren Nationalräte und ihre Parteien glauben, die Sicherheit als gewährleistet und das Atommüllproblem als gelöst hinstellen zu können.

Das stand schon 1975 fest, als Kreisky die Regierungserklärung verkündete und in ihr die angeblich letzte Entscheidung über das Atomkraftwerk durchs Parlament. Seit einem dreiviertel Jahr wird nun die endgültige Ausgeburt dieses Parlamentsbetrugs angesagt und wieder verschoben. Kommt es jetzt im April doch zur Parlamentsdebatte und zu einer Entschließung des Nationalrates, so muß schon in den Wochen davor alles getan werden, damit es zu einer Totgeburt kommt. Die Regierung wird sagen: Jetzt ist das letzte Wort gesprochen, und wer jetzt noch aufmuckt, der handelt gegen Gesetz und Staat. Die Bewegung darf

Fortsetzung auf Seite 8

Zentralvorstandssitzungen Metall, Industrieangestellte und Chemie stehen bevor

Keine Verschleppung der Lohnrunden ! Kein Lohnverzicht !

Am 6. März – 8 Tage vor dem Auslaufen der Kollektivverträge für die eisen- und metallerzeugende und verarbeitende Industrie – tagt der Zentralvorstand der Gewerkschaft Metall-Bergbau-Energie. Er wird das Verhandlungskomitee und den ersten Termin mit den Kapitalistenvertretern festlegen. Für die 3. oder 4. Märzwoche soll der Vorstand der Sektion Industrie der Gewerkschaft der Privatangestellten einberufen werden. Auch das höchste Organ der Chemiearbeiter wird wahrscheinlich in dieser Zeit – nach den Metallarbeitern – tagen. Bei diesen Sitzungen werden wichtige Entscheidungen für den Verlauf der bevorstehenden Lohnverhandlungen für 600.000 Arbeiter und Angestellte fallen. Zwar wird bei der Gewerkschaft Metall-Bergbau-Energie, die für den gesamten Verlauf der Lohnrunde ausschlaggebend ist (heuer haben die Industrieangestellten im Unterschied zum Vorjahr ihre Sitzung daher gleich erst nach den Metallarbeitern angesetzt), das Forderungsprogramm traditionell erst durch das Verhandlungskomitee festgelegt. Ein Sekanina setzt auch keine ZV-Sitzung an, um die Empörung und Kampfbereitschaft der Arbeiter zusammenzufassen und sich auf entsprechende Forderungen zu verpflichten. Die Linie der Sozialdemokraten ist festgelegt. Aber der Verlauf der ZV-Sitzung wird entscheidend dafür sein, wieweit Sekanina & Co. schon zu Beginn gehen können bei der Unterordnung der Arbeiter unter die Verschleppungs- und Lohnraubpläne der Kapitalisten. Das ist wichtig für die Ausgangsposition der Arbeiter und Angestellten in den bevorstehenden Auseinandersetzungen.

Fortsetzung auf Seite 5

Sozialimperialismus - Hände weg vom Horn von Afrika !



Im Bild ein russischer Panzer, den eritreanische Volksbefreiungskämpfer erbeutet haben. Auf den Seiten 12/13 ist ein ausführlicher Artikel über die Lage am Horn.

Den 40. Jahrestag der Besetzung Österreichs durch die Hitlerfaschisten zu einem Kampftag gegen die beiden Supermächte, insbesondere den russischen Sozialimperialismus, machen !

Am 11. März jährt sich zum 40. Mal der Tag des Einmarsches der Truppen des faschistischen Hitlerdeutschland in Österreich und der Besetzung Österreichs. Alle politischen Kräfte Österreichs werden diesen Jahrestag in ihrer Weise begehen. Für die Arbeiterklasse und das Volk geht es darum, die Traditionen des antifaschistischen Kampfes hochzuhalten und sie fruchtbar zu machen für den Klassenkampf heute. Es gilt, die Lehren aus der damaligen Zeit und den damligen Ereignissen zu ziehen.

Heute stehen die Völker der Welt den beiden Supermächten gegenüber. Sie sind die größten Ausbeuter und Unterdrücker. Wie vor 40 Jahren die Faschisten sind sie heute die Hauptfeinde der Völker. Von ihrem Ringen um die Weltherrschaft geht die Gefahr eines neuen Weltkrieges aus. Die sozialimperialistische und sozialfaschistische Sowjetunion ist dabei die gefährlichere und aggressivere Supermacht und der Hauptkriegstreiber. Sie ist in die Fußstapfen des Hitlerfaschismus getreten. In ihrer wilden Raubgier stellt sie dabei den Hitlerfaschismus weit in den Schatten.

Wieder, wie vor 40 Jahren, sind die Völker heute mit der drohenden Gefahr eines imperialistischen Weltgemetzels konfrontiert. Wieder sind sie damit konfrontiert, daß die Kriegsgefahr durch Friedensphrasen vertuscht wird. Wieder sind sie damit konfrontiert, daß versucht wird, den Aggressoren und Kriegsbrandstiftern nach dem Motto „Reizt die Bestie nicht!" durch Beschwichtigungspolitik entgegenzutreten. Wieder ist Österreich mit der Gefahr konfrontiert, zum Opfer von Aggressionen seitens der Supermächte, insbesondere seitens des Sozialimperialismus, zu werden, seine staatliche Unabhängigkeit zu verlieren, zum Kriegsschauplatz zu werden. Heute schon ist unser Land in hohem Maß in Abhängigkeit vom US-Imperialismus und der Sozialimperialismus versucht mit allen Mitteln, stärker Fuß zu fassen. Wieder sind die Völker der ganzen Welt, darunter auch das österreichische Volk, in ihrem revolutionären Kampf um die Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung, mit der Aufgabe konfrontiert, den Kampf gegen die beiden Hegemonialmächte und Kriegstreiber zu führen und in diesem Kampf eine breitestmögliche internationale Einheitsfront gegen den Feind zu bilden.

In dieser internationalen Situation begehen wir den Jahrestag des 11. März 1938. Machen wir den 11. März 1978 zu einem Schlag gegen die beiden Supermächte, insbesondere den russische Sozialimperialismus, und gegen die Politik der Vorschubleistung und Liebedienerei, die die österreichische Bourgeoisie in Verfolgung ihrer eigenen imperialistischen Interessen, gegenüber den Supermächten betreibt. Machen wir den 11. März 1978 zu einem Schritt vorwärts im Kampf gegen die beiden Supermächte, gegen Imperialismus und Krieg, gegen Ausbeutung und Unterdrückung, für den Sieg des Sozialismus in Österreich.

Aus dem Inhalt:

Westdeutsche Hafenarbeiter 115DM für Jänner und 7% Lohnerhöhung erkämpft

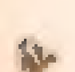
In der letzten Ausgabe des „Klassenkampf" wurde über den Streikkampf der westdeutschen Seehafenarbeiter berichtet. Das Ergebnis, das jetzt erreicht wurde, und der Lohnsenkungspolitik der Bourgeoisie völlig zuwiderläuft, ist ein großer Ansporn für die bevorstehenden Tarifkämpfe in anderen Branchen und hat weit über die Bundesrepublik hinausreichende Bedeutung.

Eine Mehrheit von 10.439 gegen 3.311 stimmte in der Urabstimmung für das Ergebnis. „Wir haben das erkämpft, was unter diesen Bedingungen noch möglich gewesen ist. Will man mehr erreichen, braucht man eine andere Forderung. Nötig wäre das schon." Aufbauend auf diesem Erfolg können neue Lohnauseinandersetzungen besser vorbereitet werden.

Streiks der westdeutschen Druckereiarbeiter

Die Arbeiter der westdeutschen Druckindustrie setzten ihre Streikaktionen in der vergangenen Woche fort. Am 8. und 9. Februar wurde die Arbeit eingestellt in Betrieben in Ahrensburg, Bremerhaven, Westberlin, Dortmund, Bochum, Düsseldorf, Kassel, Felsberg, Frankfurt, Wiesbaden, Mainz, Mannheim/Heidelberg, Speyer, Stuttgart und in München. Die Aktionen richteten sich gegen Lohndrückerei, gegen Rationalisierungsentlassungen, waren ein Kampf für die Bezahlung von Maschinensetzerlohn für Arbeiter an den Bildschirmgeräten, für die Beschränkung der Arbeitszeit an diesen Geräten auf vier Stunden pro Tag, für die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche. In allen Betrieben wurde über einen einheitlichen Betrag für Lohnforderungen bei den Tarifverhandlungen (entspricht unserem Kollektivvertrag) debattiert. Aus einigen Betrieben gibt es Anträge an die Gewerkschaft, Lohnerhöhungen für die ganze Branche zu fordern von 180 bis 220 DM, bei Abschaffung der untersten Lohngruppen.

Die Streiks haben die westdeutschen Druckkapitalisten schwer getroffen. Viele Zeitungen konnten nicht erscheinen. Es wurde sogar von „Zensur" gesprochen; das Verhalten der Druckarbeiter sei ein verfassungswidriges Verbrechen. Das machen sie immer, wenn ihre Pläne durchkreuzt werden.



Durch die Einführung neuer Maschinerie (besonders die Aufstellung von Bildschirmsetzgeräten) unter dem Vorwand, die Arbeit sei nun weniger qualifiziert, wollen die Kapitalisten den Lohn senken. Durch Rationalisierung soll die Arbeitshetze gesteigert werden. Dabei müssen die Arbeiter an den neuen Geräten dieselben Kenntnisse haben wie früher die Maschinensetzer, und dazu noch einige mehr. Die Bedienung dieser Geräte erfordert zudem höchste Konzentration und ist auf Dauer sehr schädlich für die Augen. Noch mehr wird dadurch der Arbeiter zum Anhängsel der Maschine, in die er gleichsam automatisch die entsprechenden Befehle eingeben muß.

Die Druckkapitalisten setzen auf die Wirkung ihrer Rationalisierungsmaßnahmen, um ihre Politik der Lohnsenkung durchzusetzen. Mit betrieblichen Vereinbarungen soll der Aufbau einer Kampffront der ganzen Branche hintertrieben werden. Dagegen nützen die Arbeiter, die eine große Kampferfahrung haben, die betrieblichen Streiks gerade für den Aufbau einer branchenweiten Kampffront: Die Aufstellung und Durchsetzung einer einheitlichen Lohnforderung ist dabei die Schlüsselfrage.

Kundgebung vor der sowjetischen Botschaft gegen 4 AKW in der CSSR

Österreichische Polizei schützt sozialimperialistische Agenten

Am Dienstag, den 7. Februar, versammelten sich mehr als 150 Menschen vor der sowjetischen Botschaft in der Reisnerstraße in Wien. Aufgerufen hatten der Kommunistische Bund Österreichs und die Wiener Organisation gegen Atomkraftwerke. Ziel der Kundgebung war, die Ablehnung des Baus von Atomkraftwerken durch die Sowjetunion in der CSSR in der Nähe der österreichischen Grenze auszudrücken, sowie von der österreichischen Regierung Einspruch gegen diese Projekte zu verlangen.

Das erste Werk, in der Nähe von Bratislava, soll schon in diesem Jahr teilweise in Betrieb gehen. Das ehrgeizige Atomenergieprogramm der Sozialimperialisten, bei dem sie noch weniger als die westlichen Imperialisten auf Sicherheiten Rücksicht nehmen, zielt auf die weitere wirtschaftliche Unterwanderung Westeuropas ab. Besonders die kleineren Länder sollen nach den sowjetischen Plänen billigen Strom importieren, sich einem gesamteuropäischen Verbundnetz anschließen und damit noch mehr in Abhängigkeit gebracht werden.

Vom Außenministerium Österreichs keine Spur von Protesten gegen die sowjetischen Werke in der CSSR; dafür Zusammenarbeit der österreichischen Imperialisten mit den Sozialimperialisten: Kreisky vereinbarte bei seinem Moskaubesuch die Beteiligung der VÖEST bei gemeinsamen Atomkraftwerksprojekten in Drittländern.

Entsprechend verhält sich auch die Polizei bei der Kundgebung. Die sowjetische Botschaft wird dicht abgeriegelt, mehr als hundert Uniformierte und Staatspolizisten bewachen das Palais in der Reisnerstraße. Doch der Botschafter ist noch nicht zufrieden. Er schickt einen Agenten, der die Demonstranten abfotografieren soll. (Diesen Auftrag gibt dieser später, in tadellosem Deutsch mit leicht russischem Akzent, zu).

Das Treiben dieses Agenten wird von den Kundgebungsteilnehmern erkannt und nicht geduldet. Einige Demonstranten drängen ihn ab und fordern ihn auf, zu verschwinden. Die Polizei schützt den Agenten und verhaftet zwei Demonstranten.

Jetzt ist das reaktionäre Zusammenspiel allen noch klarer: „Gegen die Zusammenarbeit der Polizei mit der russischen Botschaft!" „Gegen das Atomprogramm des Sozialimperialismus!" „Sofortige Freilassung der Verhafteten!" - sind die Sprechchöre. Ein Transparent mit der Forderung nach Abzug der Sowjettruppen aus der CSSR wird aufgestellt.

Schließlich, nach Aufnahme von Personalien und Androhung von Strafverfahren werden sie freigelassen: „Widerstand gegen die Staatsgewalt" lautet die Anklage. Kriminalisierung der Bewegung gegen das Atomprogramm - das ist schon länger ein Mittel der Regierung. Ein vergebliches allerdings. Die Beschwichtigungspolitik der österreichischen Bourgeoisie gegenüber dem Sozialimperialismus ist ebenfalls bekannt. Offener Schutz eines sowjetischen Agenten und Anklage gegen Menschen, die sich sein Treiben nicht gefallen lassen, das ist ein neuer Schritt in diese Richtung.

KEINE VERFAHREN GEGEN DIE BEIDEN KUNDGEBUNGSTEILNEHMER! GEGEN DIE SOWJETISCHEN ATOMKRAFTWERKE IN DER CSSR AN ÖSTERREICHS GRENZEN!

Wald- und Weinviertler erhöhen ihre Wachsamkeit gegen Atommüllagerung

Nach der Abfuhr, die sich die Regierung in Alberndorf geholt hat, scheint es nun sehr ruhig zu sein in der Winterlandschaft nördlich der Donau. Aber der Schein trügt. Keineswegs haben Regierung und Kernkraftwerksgesellschaft ihren Plan aufgegeben, im Wald- oder Weinviertel ein Atommüllager zu errichten. Weiter sind sie auf der Suche nach einer Stelle, wo ein Zwischenlager und ein Endlager errichtet werden kann. Zwar hat es nach unseren Informationen in der letzten Zeit keine Probebohrungen gegeben, zwar hat es nach Alberndorf keine weiteren Verhandlungen mit Bürgermeistern gegeben, doch haben die Wald- und Weinviertler keinen Grund, sich durch die trügerische Ruhe vom Widerstand abbringen zu lassen. Im Gegenteil. Das Gespräch Staribachers mit dem Alberndorfer Bürgermeister Zottl in Zürs am Arlberg hat die Bevölkerung dieser ganzen Gegend aufgebracht. Die Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner trat in Alberndorf auf. Vertreter des Arbeitskreises gegen Atommüll/Waldviertel beteiligten sich an einer Protestversammlung in Haugsdorf am 1.2., auf der sich der stellvertretende Bürgermeister von Alberndorf der Ablehnung jeder Atommüllagerung in diesem Gebiet anschloß. Kurze Zeit später wurde von einer Reihe von Bürgermeistern des Weinviertels eine Bürgerinitiative gegründet, die ihren Sitz in Retz hat.

Der Waldviertler Arbeitskreis plant nun in Zusammenarbeit mit der Weinviertler Initiative die Durchführung von Veranstaltungen im Weinviertel.

Die Kraftwerksbetreiber ändern ihre Taktik

Einer offenen Konfrontation mit der Bevölkerung, wie sie die Probebohrungen dargestellt haben, weichen die Regierung und mit ihr die Gesellschafter der GKT aus. Sie sind auf der Suche nach Schwachpunkten. Zunutze machen sie sich dabei die schwierige wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerung dieser Gegenden. Ein großer Teil der Weinviertler Bevölkerung sind kleine Weinbauern, ein wachsender Teil Nebenerwerbsbauern, viele pendeln in die Industriestädte an der Donau. Im Waldviertel ist die Lage noch schwieriger. Sehr viele sind abgewandert, da Nebenerwerb und Pendeln auf Grund der schlechten Verkehrsbedingungen (keine Eisenbahnen in die verschiedenen Täler, schlechte Autobusverbindungen) nur schwer möglich ist. Die meisten leben von der Land- und Forstwirtschaft, versuchen noch feiertags zu taglöhnern, um ihr Leben zu fristen. Der Fremdenverkehr ist erst wenig entwickelt. Fabriken gibt es nur wenige: holzverarbeitende und Textilwerke. (Erst 1958 gab es eine Elektrifizierung).

Auf Grund dieser Lage, wegen der geringen Einwohnerzahl und der relativen Größe, sind die Gemeinden, besonders im Wald- aber auch im Weinviertel, sehr arm und kommen mit ihrem Gemeindebudget nicht zurande. Bürgermeister, oft etwas größere Bauern, Ärzte, Gewerbetreibende, sind da natürlich anfällig für Millionenversprechungen, die die Regierung für eine Zustimmung zu einer Mülldeponie macht.

So war es im Fall Zottl, dessen Bruder eine kleine Möbelfabrik betreibt und dessen Frau Geschäftsführerin eines Haugsdorfer Betriebs ist. Der Widerstand der kleinen Bauern und anderen Werktätigen, hat den Plan der Regierung, sich die Gemeinderäte zu kaufen, zunichte gemacht.

Richtige Konsequenzen aus dieser Erfahrung zog die Bürgerinitiative Weinsberg-Forst im westlichen Waldviertel. Als die Regierung den ORF ins Lichtegg (einem „möglichen Müllagerort") zur Vorfühlung schickte, wurde dies sofort bekanntgemacht und den Bürgermeistern eingeschärft, daß sich die Bevölkerung eine klare Ablehnung der Regierungswünsche erwartet. Im weiteren wird nun Kurs genommen auf Gemeinderatsbeschlüsse, die dann Verhandlungen des Bürgermeisters von vornherein ungültig machen würden. Außerdem wurde ein gut funktionierender Nachrichtendienst eingerichtet. Kein Geologe kann im Boden stochern, kein Vermesser sein Gerät aufstellen, keine Forststraße kann groß ausgebaut werden, ohne daß dies in weniger als einer Stunde bekannt ist, die Ursachen untersucht und die nötigen Maßnahmen ergriffen werden.

Der Arbeitskreis gegen Atommüll/Waldviertel will verstärkt Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen durchführen. Zuletzt fand eine solche Veranstaltung in Großschönau (bei Groß-Gerans) statt, einer Gemeinde mit nicht einmal achthundert Einwohnern. 350 waren gekommen, um fast einhellig ihren Protest gegen ein geplantes Müllzwischenlager am Schroffenberg auszudrücken.

Eine andere Taktik der Kernkraftwerksbetreiber besteht darin, möglichst in aller Stille Grundstücke zu erwerben. Derzeit hat die GKT an mehreren Orten - getarnt durch eine „Brunnenbaugesellschaft" - Katasterblätter aus den Grundbüchern angefordert. Das wird ebenfalls genau verfolgt. Ein besonders scharfes Auge hat man dabei auf Großgrundbesitzer (z.B. Stift Zwettl, einige Adelige, usw.).

Grundbuchveränderungen würden so schnell bekanntgemacht und niemand könnte in aller Stille ein Bohrgerät aufstellen oder ähnliches.

Die Wald- und Weinviertler für eine breite Beteiligung an der Demonstration am 9. April gewinnen!

Die Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner (IÖAG) hat für den 9. April zu einem Großkampftag und zu einer Demonstration vor dem Parlament aufgerufen, um das parlamentarische Manöver einer AKW-Debatte zu entlarven und den Kampf für die Nichtinbetriebnahme von Zwentendorf auszudrücken. Der Arbeitskreis gegen Atommüll/Waldviertel, der seine Beziehungen zur IÖAG seit der Demonstration vom 26.10.77 eingefroren hat, wird eine Beteiligung am 9.4. prüfen. Eine Teilnahme von Aktivitäten der Regierung im Waldviertel (z.B. Probebohrungen) abhängig zu machen, wie es Vertreter des Arbeitskreises bekundeten, wäre allerdings schlecht. Das Argument, die Bauern des Waldviertels würden nur das Atommüllproblem sehen und nicht darüber hinaus, ist ganz unhaltbar. Zu deutlich ist der Zusammenhang zwischen den Bestrebungen, ein Atommüllager zu errichten, mit der Absicht, Zwentendorf möglichst rasch in Betrieb zu nehmen. Und deutlich haben das die Waldviertler auch mit ihrer zahlreichen Beteiligung an der Wiener Demonstration am 26.10. gezeigt. Eine Zusammenfassung aller Gegner des Atomenergieprogramms, der Inbetriebnahme von Zwentendorf und einer Müllagerung in Österreich wird am 9.4. angestrebt. Die wachsamen Wald- und Weinviertler sind ein wichtiger Teil dieser Bewegung.

Der sowjetische Sozialimperialismus - der Hitlerfaschismus von heute

Durch den Farbwechsel der Sowjetunion Mitte der 50er-Jahre und die Restauration des Kapitalismus mußte dieses einst sozialistische Land aufgrund seiner Größe und Stärke und hochkonzentrierten Wirtschaft unvermeidlich zu einer sozialimperialistischen Supermacht werden, die nach der Weltherrschaft trachtet. Gegen Ende der 60iger-Jahre hatten die Sozialimperialisten ihre strategische Basis vor allem durch die Unterwerfung der RGW-Länder und die volle Indienststellung der Grundstoff- und Schwerindustrie für die Aufrüstung soweit gefestigt, daß sie weltweit einen Kurs imperialistischer Expansion einschlagen und nun aktiv den Kampf um die Weltherrschaft führen konnten.

In diesem Kampf um die Weltherrschaft stand und steht der Sowjetunion in den USA ein Konkurrent gegenüber, der trotz der Niederlagen, die er in den letzten drei Jahrzehnten einstecken mußte, nach wie vor über weit ausgedehntere Positionen und Einflußsphären in der Welt verfügt. Will die Sowjetunion die Vorherrschaft in der Welt erringen, so muß sie die Macht der USA in den verschiedenen Weltteilen schwächen und untergraben und ihr die Beute entreißen. Diese Stellung als neuaufstrebende imperialistische Macht, die auf eine gewaltsame Neuaufteilung der Welt drängen muß, macht die Sowjetunion ebenso wie damals Hitlerdeutschland zu einer besonders aggressiven und abenteuerlichen Macht, die überall auf Expansion aus ist und ihre Interessen letztlich nur durch einen Weltkrieg durchsetzen kann.



„Na und? - ER war ja auch eine Art Sozialist - Vielleicht sollten wir uns Internationalsozialisten nennen!"

Auch Deutschland war damals - wenn auch natürlich aus anderen Ursachen - ein Spätkömmling unter den imperialistischen Mächten. Als besiegtes Land aus dem 1. Weltkrieg hervorgegangen, durch den Versailler Vertrag von der Verteilung der Kriegsbeute, der Kolonien und Kolonialmandate, ausgeschlossen, konnte es bei rascher Entwicklung seiner Produktion seinen Platz auf dem Weltmarkt nur durch gewaltsame Neuverteilung erlangen, es mußte den Imperialisten alten Schlags durch Krieg die Beute entreißen.

Und ebenso wie Hitlerdeutschland setzt der sowjetische Sozialimperialismus heute auf die Offensivstrategie, um die eigenen Positionen auszudehnen, die Macht der USA zu schwächen und zu verdrängen und so seine Vormachtstellung zu errichten. Breschnew bringt das - natürlich unter dem Aushängeschild des „Friedens" - selbst zum Ausdruck, wenn er sagt: „Die Verstärkung ihres Wirtschafts und Verteidigungs - potentiales ermöglicht es der Sowjetunion auf der internationalen Arena eine aktive und erfolgreiche 'Offensive' zu starten" und: „Wenn wir jetzt unsere Außenpolitik festlegen, gibt es vielleicht keinen Fleck auf der Erde, dessen Lage wir nicht in irgendeiner Weise in Betracht ziehen."

Fieberhafte Aufrüstung und Versuch der Erringung der militärischen Überlegenheit

Die Sowjetunion ist bei der Durchführung und Absicherung ihrer Offensive und Expansion vorwiegend auf ihre militärische Stärke und Kriegsdrohung angewiesen. Das umso mehr, als sie ihrem Konkurrenten, den USA, ökonomisch weit unterlegen ist. Das Bruttonationalprodukt der USA ist etwa doppelt so hoch wie das der Sowjetunion (1976: USA 1.960 Mrd. $, SU ca. 930 Mrd. $), und die USA produzieren, um ein Beispiel zu nennen, fast doppelt so viel elektrische Energie wie die Sowjetunion (USA: 2.000,9 Mrd. kWh, UdSSR: 1.038,6). Die Sowjetunion muß deshalb den Weg der fieberhaften Aufrüstung und Kriegsvorbereitungen gehen, um militärisch führend zu werden, Ressourcen, Reichtümer und Arbeitskräfte anderer Länder an sich reißen zu können und so ihre wirtschaftliche Unterlegenheit auszugleichen. Das ist auch der Weg, den seinerzeit das faschistische Deutschland gegangen ist.

Tatsächlich ist es die Sowjetunion, die im Wettrüsten mit den USA das Tempo angibt und es haben sich bereits beträchtliche Verschiebungen im Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten ergeben. Im Bereich der Nuklearwaffen hat die Sowjetunion im wesentlichen mit den USA gleichgezogen, sie verfügt sogar über eine größere Anzahl von Trägerraketen als die USA. Im konventionellen Bereich - der Truppenstärke, der Anzahl der Panzer und Kanonen - ist die Sowjetunion den USA bzw. der NATO überlegen. In den 60er-Jahren hat sie eine „offensive Marine" aufgebaut, die heute auf allen Weltmeeren kreuzt. Sie hat heute mit den USA in der Gesamttonnage der Kriegsschiffe fast gleichgezogen, die Anzahl der U-Boote der USA bereits überflügelt.

Dies alles dient einerseits der Erringung der militärstrategischen, kriegsentscheidenden Überlegenheit für den Fall eines neuen Weltkrieges und zugleich der Unterstützung und Absicherung der sowjetischen Expansion noch vor dem Ausbruch des Weltkrieges. Das zeigt sich besonders deutlich bei der Flottenpolitik der Sowjetunion. Der sowjetische Flottenadmiral Gorschkow weiß über die „friedliche" Nutzung der Kriegsflotten zu sagen: „Die Fähigkeit der Kriegsflotten, überraschend nahe der Küsten verschiedener Länder zu erscheinen und unverzüglich mit der Erfüllung der ihnen gestellten Aufgaben zu beginnen, wird seit langer Zeit von verschiedenen Ländern als wichtigste Waffe der Diplomatie und Politik in Friedenszeiten ausgenutzt. So wird es nämlich in vielen Fällen möglich, politische Ziele zu erreichen, ohne den Krieg zu beginnen, jedoch mit ihm zu drohen." Genau diese Politik praktiziert die Sowjetunion heute mit ihren Kriegsflotten.

Die Sowjetunion praktiziert Hitlers Losung „Kanonen statt Butter"

Wie einst Hitlerdeutschland hat die Sowjetunion heute die gesamte Volkswirtschaft in den Dienst der Aufrüstung und Erringung der militärischen Überlegenheit gestellt. Immer mehr Arbeitskraft, Material und Geld wird für die Militarisierung der Wirtschaft eingesetzt, der Anteil der Militärausgaben am Nationaleinkommen wächst sprunghaft: Er betrug im Jahr 1960 ungefähr 13%, heute liegt er bei 20%. Dieser Prozentsatz übertrifft nicht nur den Hitlerdeutschlands vor dem 2. Weltkrieg (19,7%), sondern auch den der US-Imperialisten in den Jahren der Aggressionskriege gegen Korea und Vietnam (15% bzw. 10%). Das Nationaleinkommen der Sowjetunion beträgt etwa zwei Drittel von dem der Vereinigten Staaten, ihre tatsächlichen Militärausgaben dagegen liegen um 20% über denen der USA. Nur so konnten die Sozialimperialisten in zehn Jahren die Zahl der Interkontinentalraketen auf das 14-fache und in vier Jahren die Zahl der Atom-U-Boote auf das 4,5-fache, die Zahl der Militärflugzeuge in fünf Jahren um 50% und die Tonnage der Kriegsmarine auf das Doppelte steigern.

Eine solche Ausrichtung der gesamten Volkswirtschaft auf die Rüstungs- und Kriegspläne muß zwangsläufig zu schweren Krisenerscheinungen führen. Diese Entwicklung charakterisierte Stalin bereits 1938 für das faschistische Deutschland folgendermaßen: „Was heißt es, die Wirtschaft eines Landes auf die Geleise der Kriegswirtschaft überleiten? Das heißt, der Industrie eine einseitige Richtung geben, die Produktion von Gegenständen für den Kriegsbedarf, die mit dem Verbrauch der Bevölkerung nicht zu tun haben, maximal zu erweitern, die Produktion und besonders die Belieferung des Marktes mit Massenbedarfsartikeln maximal einzuschränken, folglich also, den Verbrauch der Bevölkerung einzuschränken und über das Land eine Wirtschaftskrise heraufzubeschwören." (Stalin, Fragen des Leninismus, S. 683). Ein ähnliches Bild bietet die heutige Sowjetunion. Der 9. Fünfjahrplan ist vollständig gescheitert, keines der grundlegenden Planziele für die letzten fünf Jahre wurde erfüllt, die Landwirtschaft befindet sich in einem katastrophalen Zustand. So ist die jetzige Getreideernte die niedrigste seit 1965, in einer Reihe von Gebieten der Sowjetunion sind Getreide und Brot rationiert. In keinem Jahr des letzten Fünfjahrplanes wurde die Produktionspläne für Baumwoll-, Woll-, Seiden- und Leinenstoffe erfüllt. Das gleiche gilt für Oberbekleidung, Unterwäsche, Lederschuhe (Planerfüllung zwischen 84 und 86%). Die Investitionen hinken gewaltig hinter dem Bedarf und den Plänen in der Konsumgüter- und Nahrungsmittelindustrie her. Auch die Schwerindustrie konnte ihre Planziffern im wesentlichen nicht erfüllen. In lebenswichtigen Sparten wie der Produktion von Elektrizität, Erdöl, Erdgas, Eisen, Stahl, Walzgut, Gießereiprodukten, Kunststoffen, Kunstfasern und Turbinen wurden die Planziele nicht erreicht. „Kanonen statt Butter" lautet die Devise und das Volk muß den Gürtel enger schnallen.

Als Deutschland am Vorabend des 2. Weltkrieges aufrüstete, nutzte es dabei die wirtschaftlichen Krisenerscheinungen und die Profitgier der Konkurrenten, die in Deutschland ein gutes Objekt für ihren Waren- und Kapitalexport sahen, um große Kredite, Investitionen und technische Hilfe zu erlangen, die es für den Aufbau der Rüstung verwendete, aber nicht zurückzuzahlen beabsichtigte. Ähnlich bietet sich heute die Sowjetunion unter dem Deckmantel der wirtschaftlichen und technischen Zusammenarbeit als günstiges Objekt für Waren- und Kapitalexport der westlichen Imperialisten an und versucht auf diesem Weg, zeitweilig über ihre wirtschaftlichen und technologischen Schwächen hinwegzukommen. In den Jahren 1970-76 hat sie aus der BRD, den USA, Frankreich, Japan, Italien und Großbritannien Maschinenanlagen im Wert von mehr als 15 Milliarden US-Dollar importiert und aus dem Westen, vor allem den USA, über 80 Millionen Tonnen Getreide gekauft. Gleichzeitig hat sie Kredite in Milliardenhöhe aufgenommen und ist ihre Verschuldung ständig gestiegen. Es ist klar, daß diese Geschäfte hauptsächlich den Kriegsvorbereitungen der Sozialimperialisten nutzen, wie sehr auch die westlichen Imperialisten damit die Absicht verbinden, die Sowjetunion in ein System wirtschaftlicher Zusammenarbeit einzubinden und ihren Einflußbereich zu infiltrieren.

Faschistische Diktatur zur Organisierung des Hinterlandes

Tatsächlich kann die neue bürokratische Monopolbourgeoisie der Sowjetunion eine solche Aufrüstung und Militarisierung des Landes nur aufgrund der engen Verbindung der hochkonzentrierten staatsmonopolistischen Wirtschaft mit einem Staat der faschistischen Diktatur - ähnlich dem des Hitlerfaschismus - durchsetzen. Das Monopolkapital der Sowjetunion ist im Unterschied zu jenem der imperialistischen Länder alten Typs, wo verschiedene Finanzgruppen miteinander konkurrieren, in den Händen des Staatsapparates unter der Diktatur einer bürokratischen Monopolbourgeoisie konzentriert. Diese bürokratische Monopolbourgeoisie beherrscht den gesamten Staatsapparat und die Wirtschaft des ganzen Landes, was es ihr ermöglicht, das politische, wirtschaftliche und militärische Potential des Landes für ihre Aggressions- und Expansionspläne zu mobilisieren. In Hinblick auf diese Konzentration übertrifft die Sowjetunion sowohl alle heutigen imperialistischen Länder als auch das damalige Hitlerdeutschland.

Im Hinblick auf die Ausübung der offenen terroristischen faschistischen Diktatur des Monopolkapitals über das Volk steht sie dem Hitlerfaschismus nicht nach, wie die Unterdrückung jeglicher Opposition, die Konzentrationslager, die Irrenanstalten für politisch oppositionelle Menschen usw. zeigen. Der Unterschied besteht nur darin, daß der Hitlerfaschismus die Organisationen der Arbeiterbewegung zerschlagen mußte, um neue faschistische Massenorganisationen an ihre Stelle zu setzen während sich die Sowjetrevisionisten auf die pervertierten Arbeiter- und Gewerkschaftsorganisationen stützen, um die Arbeiter- und Volksmassen zu kontrollieren, zu bespitzeln und für ihre Pläne einzuspannen. Und so wie einst der deutsche Faschismus die „Theorie" von der Überlegenheit der germanischen Rasse als wichtiges Mittel zur Vergiftung des deutschen Volkes nutzte, um es so besser in seine Kriegsvorbereitungen einzuspannen, propagieren die sowjetischen Machthaber heute den großrussischen Chauvinismus. Sie haben die Sowjetunion - wie zu den Zeiten des Zaren - in ein Völkergefängnis verwandelt, treiben mit allen Mitteln die „Russifizierung" voran und verbinden dies mit unglaublichen Beschönigungen der Greueltaten der russischen Zaren. So findet man in der sowjetischen Zeitschrift

Fortsetzung nächste Seite

Kreiskys Geschäftsreise nach Moskau

Kein Dank der neuen Zaren für Lakaiendienste der österreichischen Regierung

Durch das Gespräch Breschnews mit Kreisky sollte „die Bedeutung Österreichs auf der internationalen Bühne unterstrichen" werden, schrieb der Chefredakteur der „Arbeiter-Zeitung", M. Scheuch, einen Tag nach diesem „historischen" Ereignis.

Und zweifellos haben die russischen Sozialimperialisten alles Interesse daran, daß die Außenpolitik und die Variante imperialistischer Politik, die Kreisky in Moskau vertreten hat, international an Ansehen gewinnt. Im österreichisch-sowjetischen Kommuniqué zu diesem Besuch heißt es: *„Beide Seiten verurteilen entschieden jegliche Handlungen, die geeignet sind, die Gefahr eines neuen Weltkrieges zu vergrößern."* In denselben Tagen, in denen dieser Satz ins Kommuniqué geschrieben wurde, eröffneten die russischen Generäle am Horn von Afrika ihren Feldzug gegen Somalia. Diese „Willenserklärung beider Seiten" ist daher offensichtlich nichts anderes als eine Deckung der russischen Aggressionspolitik von ganz besonderem Ausmaß.

Im selben Kommuniqué heißt es auch: *„Österreich und die Sowjetunion betonten, daß die politische Entspannung durch die militärische gestärkt werden muß."* Von Passagen über die Wichtigkeit und Nützlichkeit der Entspannungspolitik strotzt dieses Dokument. Die russischen Sozialimperialisten rüsten wahnwitzig auf und bereiten einen Blitzkrieg in Europa vor. Überall auf der Welt versuchen sie, dem amerikanischen Imperialismus die Vorherrschaft streitig zu machen. Die österreichische Regierung, die Regierung eines Landes, das selbst von der Kriegstreiberei der beiden Supermächte, vor allem der russischen Supermacht, bedroht ist, erklärt hier, es seien ohnehin alle Kräfte der Welt gegen Wettrüsten, Kriegsvorbereitung und für friedliche Beilegung der Streitfragen auf der Welt.

Man kann sich leicht vorstellen, daß die russischen Sozialimperialisten alles Interesse an der Regierung eines westeuropäischen imperialistischen Landes haben, die solche Erklärungen mit ihnen gemeinsam abzugeben bereit ist.

Auf was für eine Art Frieden Kreisky abzielt, zeigt seine Stellungnahme zum Nahen Osten. „Eine Lösung des Nahostkonfliktes ohne die Sowjetunion ist schwer vorstellbar.", meinte Kreisky in Moskau.

Damit ebnet er dem russischen Sozialimperialismus, der gerade im Nahen Osten einige Schläge von den Völkern erhalten hat, den Vormarsch in diesem Gebiet. Ebenso deutlich wie die Parteinahme für die imperialistische Einmischung durch die beiden Supermäche ist, so deutlich ist auch die entschiedenste Absage an die arabischen Völker. Hinter der betrügerischen Formel der Respektierung der Rechte aller Völker und Staaten bekräftigen Kreisky und Kossygin ihre Garantie für die Existenz des Staates Israel.

Die „Kleine Zeitung" Graz bemerkt positiv, daß Kreisky die Änderungen im internationalen Kräfteverhältnis überhaupt erkannt hat, und daß „Österreich die Chance hat, die politischen Beziehungen der UdSSR weltweit mitzubenutzen."

„Es muß doch etwas Außerordentliches sein, wenn einer der größten Wirtschaftsstaaten der Welt mit einem der kleineren Staaten Europas sich zur Zusammenarbeit in dritten Ländern entschließt." Das meinte Kreisky in seiner Huldigungsrede für Kossygin. Für die imperialistische Bourgeoisie ist das Außerordentliche dabei die Hoffnung auf Höchstprofite. Um des imperialistischen Geschäfts willen nimmt die österreichische Bourgeoisie auch eine Verstärkung der Abhängigkeit zur UdSSR bewußt in Kauf, so haben wir in der letzten Nummer des „Klassenkampf" geschrieben. Und das hat Kreisky in Moskau nicht nur durch seine Äußerungen zur militärischen und politischen Lage in Europa und auf der Welt bekräftigt. Er benutzte die Gelegenheit seines Besuches, um gemeinsam mit der russischen Seite die Energie- und Verkehrskooperation im gesamteuropäischen Rahmen zu propagieren, die Hauptexpansionspfade für die Sozialimperialisten nach Europa.

Mit Kreisky gemeinsam waren die Generaldirektoren der VÖESt, der österreichischen Siemens und der Waagner-Biro AG, die stellvertretenden Generaldirektoren der CA und der Girozentrale, ersterer stellvertretend für den ganzen CA-Konzern und der Generaldirektor der Kontrollbank angereist. Sie alle gierten nach Aufträgen und erwarteten von Kreisky, daß er ihre 56 Projekte anbringt. Angebracht hat er nur solches, was den russischen Imperialisten gelegen gekommen ist: Bau von Kernkraftwerksteilen für die russische AKW-Exportgesellschaft, Lieferungen von für die Kriegsproduktion wichtigen Maschinen und Anlagen.

Für die österreichischen Imperialisten ist die wachsende Abhängigkeit vom russischen Sozialimperialismus erst das zweite Problem, das erste sind ihre Extraprofite. Auch das kam bei der Reise Kreiskys zum Ausdruck: Wachsende Energieabhängigkeit, Anlehnung an den Sozialimperialismus bei Vorstößen in die 3. Welt. Und alles auf der Basis der Beschwichtigungspolitik, mit dem Ziel, der Konfrontation auszuweichen und mit dem Resultat, den Agressor zu ermutigen, seinen Vormarsch zu beschleunigen.

Am Tag der Kreiskyreise erschien in der ungarischen zeitung „Magyar Hirlap" ein Artikel unter dem Titel: „Ohne Sowjets kein Morgenkaffee für die Wiener", der unverhüllt auf die Abhängigkeit Österreichs von den russischen Erdgaslieferungen hinwies.

Die russischen Experten wiesen die österreichische Delegation darauf hin, daß bei etwaigen Aufträgen für Eisbrecher an österreichische. Werften die finnische Konkurrenz (Finnland ist bereits weitgehend abhängig vom Sozialimperialismus) erheblich sei. Das brachte die Pläne und Absichten der russischen Sozialimperialisten Österreichs gegenüber zum Ausdruck; heute ist Österreich für sie wichtig als ein imperialistisches Land, dessen Regierung durch ihre Politik der russischen Expansion weit über die Landesgrenzen hinaus den Boden bereitet; morgen werden diese, wenn sie dazu in der Lage sind, versuchen, Österreich in ein abhängiges Land zu verwandeln, wie sie es mit Finnland seit 1958 getan haben.

So wenig Interesse die österreichische Arbeiterklasse an den imperialistischen Vorstößen des Finanzkapitals hat, die sich mit der Moskaureise verbinden, so wenig hat sie auch ein Interesse an der imperialistischen Beschwichtigungspolitik der österreichischen Regierung. Der Kreiskybesuch in Moskau zeigt anschaulich, daß der entschlossene Kampf gegen die Außenpolitik der Regierung notwendig ist, ein Kampf für die Unabhängigkeit des Landes, gegen die Hegemoniebestrebungen der beiden Supermächte und gegen die imperialistische Politik der eigenen Bourgeoisie; ein Kampf zur Erhaltung des Friedens und zur Vorbereitung der Revolution.

Der sowjetische Sozialimperialismus - der Hitlerfaschismus von heute

Fortsetzung von Seite 3

„Moderne und zeitgenössische Geschichte" die Feststellung, „die Behauptung, das Ziel des zaristischen Rußlands habe darin bestanden, Welthegemonie zu erlangen", sei auf „keine Beweise gestützt". Und: „In der gesamten Weltgeschichte vor 1917 wurde Rußland fälschlich als eine der hauptsächlichen Kräfte und fast als die einzige Kraft der Aggression bezeichnet."

Damals wie heute: Das Ringen geht um Europa

Bei ihrem Kampf um die Weltherrschaft und um die Niederringung ihrer Konkurrenten verfolgt die Sowjetunion heute eine sehr ähnliche Strategie, wie sie einst die Hitlerfaschisten einschlugen. Das Ziel der Globalstrategie des Kremls ist die Schwächung der Vereinigten Staaten und die Untergrabung ihrer Vorherrschaft. Westeuropa, das Herzland des Kapitalismus und ein Zentrum der modernen Industrie, des Handels und Finanzwesens ist der Brennpunkt des sowjetisch-amerikanischen Ringens. Deshalb will die Sowjetunion Westeuropa an sich reißen, dadurch den USA einen vernichtenden Schlag versetzen und mit Hilfe des gewaltigen ökonomischen Potentials Westeuropas den Kampf um die Weltherrschaft führen. Deshalb zieht sie alle Register der Infiltration, um den US-Einfluß hier zu schwächen und selber an Boden zu gewinnen. Deshalb hat sie hier ihre entscheidenden militärischen Kräfte konzentriert, um Westeuropa in der Mitte anzugreifen, in einer Zangenbewegung von der Nord- und Südflanke her einzukreisen und eine Blockadelinie rund um Europa aufzubauen.

Auch Hitler ging vor dem 2. Weltkrieg nicht sehr viel anders vor. Immer wieder erklärte er, Deutschland habe keine Absicht, gegen Großbritannien und Frankreich Krieg zu führen, er wünsche vielmehr mit allen europäischen Ländern zusammenzuarbeiten. In Wirklichkeit aber ging es ihm zuerst vor allem um Westeuropa, auf dessen ökonomische Stärke und Ressourcen gestützt er die Vorherrschaft in der Welt erobern wollte. Die Beschwichtigungspolitik der britischen und französischen Regierung ausnützend, besetzte Hitler zuerst Österreich, die Tschechoslowakei und Polen und verschaffte sich damit bessere Ausgangsbedingungen für den Angriff auf England und Frankreich.

Als Hitler seine Aufrüstung und Kriegsvorbereitungen, seine Aggression und Expansion verstärkte, gab er vor, aufrichtig den Frieden zu wünschen, um die Völker aller Länder hinters Licht zu führen. Heute erheben die sowjetischen Sozialimperialisten ihr Friedensgeschrei, um hinter dem Rauchvorhang von „Entspannung, Abrüstung, Sicherheit und Zusammenarbeit" ihre Aufrüstung und ihre Expansionsbestrebungen und Kriegsvorbereitungen gegenüber Westeuropa zu verschleiern. Gleichzeitig spekulieren sie mit der antichinesischen Hetze. Ist das nicht Hitlers alter Trick?

Die Ambitionen der sowjetischen Sozialimperialisten sind enorm, sie übertreffen die des einstigen Hitlerfaschismus. Aber wie der deutsche Faschismus im antifaschistischen Kampf der Völker aller Länder zerschlagen wurde, so wird es auch seinen russischen Nachfolgern gehen - sie werden ein noch schlechteres Ende nehmen als Hitler!

Das russische AKW- Bauprogramm und der RGW- Stromverbund – Mittel des sowjetischen Hegemonismus und der Kriegsvorbereitung

In der nächsten Nummer des Kommunist erscheint ein Artikel über das russische AKW Programm. Im Artikel werden die Gründe gezeigt, die diesozialimperialistische Sowjetunion zwingen, ein abenteuerliches und Menschenleben verachtendes AKW-Bauprogramm gigantischen Ausmaßes zu betreiben. Es wird gezeigt, wie sehr die russische Supermacht die RGW-Länder mit Ausnahme Rumäniens mit Hilfe der Kontrolle über deren Energiezufuhr in Abhängigkeit gebracht hat und wie sie jetzt unter Ausnutzung dieser Abhängigkeit, diese Länder vollständig den Bedürfnissen ihres Atomkraftwerkbaues unterordnen.

Der Artikel weist auch noch auf die Pläne hin, die die russische Supermacht gerade mit Hilfe ihrer Übermacht auf dem Gebiet der Energieproduktion gegenüber Westeuropa verfolgt. Auch zu diesem Zweck ist ein rascher Ausbau der Kernkraftwerke und der Kernkraftwerksproduktion in der UdSSR notwendig.

Zentralvorstandssitzungen Metall, Industrieangestellte und Chemie stehen bevor

Fortsetzung von Seite 1

Keine Verschleppung der Lohnrunden! Kein Lohnverzicht!

Das heißt nicht, daß mit der ZV-Sitzung alles gelaufen ist. Oder daß nach dem Zusammentreten des Verhandlungskomitees die Forderungen unabänderlich stehen. Oder gar, daß sich im Verlauf einer Auseinandersetzung nichts ändern kann. Auf Grund des gänzlichen Ausschlusses der Mitgliedermassen und sogar des ZV von der Aufstellung der Forderungen sind in den letzten Jahren erst mit dem ersten Verhandlungstermin und der Überreichung des Kapitalistenangebots die breiten Massen der Metallarbeiter in Bewegung gekommen. Das ist keine besonders günstige Situation. Das erschwert es den Arbeitern, gegenüber dem Druck und der zu erwartenden Provokation der Kapitalisten in die Initiative zu kommen.

Denn die Marschroute der Gewerkschaftsführung ist eine Marschroute für den Rückzug. Es ist inzwischen ja klar, worauf sich die „Sozialpartner" auf höchster Ebene bereits geeinigt haben: stille Verlängerung des laufenden Vertrags bis 31. Mai. Nicht nur der „Kurier" hat bereits unverblümt in diesem Sinn berichtet, auch inoffizielle Äußerungen führender Gewerkschaftsfunktionäre bestätigen diese Orientierung. Auch daß die Gewerkschaftsführung etwa 6% anstrebt, ist inzwischen inoffiziell bekanntgeworden. Das heißt nichts anderes als: Bei einer offiziellen Jahres-Inflationsrate für 1977 von 5,5% sollen die *Brutto*löhne um 5% steigen (6%: 14,5 Monate Laufzeit × 12 Monate = Erhöhung auf das Jahr gerechnet). Also: Nicht einmal brutto die offizielle Inflation, kein Groschen Ausgleich für die mit 1.1.78 gestiegenen Abzüge, volle Hinnahme der steigenden Lohnsteuer: Netto zwischen S 270 und 450,- bei Stundenlöhnen zwischen 40 und 65 Schilling. Gleichzeitig wären mit einem Inkrafttreten am 1. Juni die KV-Verhandlungen 1979 in die Urlaubszeit verschoben, was eine äußerst ungünstige Ausgangsposition ist.

Das alles würde einen Benya nicht davon abhalten, von Erfolg und Reallohnerhöhung zu sprechen. Für die Arbeiter und Angestellten ist diese Perspektive Grund genug, mit der Tradition zu brechen und sich *vor Verhandlungsbeginn* zu Wort zu melden.

Eine günstige Gelegenheit besteht vor den ZV-Sitzungen. Im ZV werden Sekanina & Co. testen, was „zu administrieren" ist, wie Benya die Durchsetzung der Erfordernisse der kapitalistischen Wirtschaft gegenüber der Arbeiterklasse bezeichnet. Im Zentralvorstand, und wahrscheinlich auch im Verhandlungskomitee, werden – neben Nationalratsabgeordneten und staatlichen Spitzenfunktionären wie Sekanina, Brauneis und Czettel – auch betriebliche Vertreter sitzen, die sich durchaus noch in „Reichweite" der Arbeiter befinde. Pazdera (Philips), Konrad (Elin), Quirschfeld (ITT), Ulrap (Felten) aus Wien, weiters die Betriebsratsobmänner aus allen wichtigen Betrieben der Verstaatlichten. Es gibt keinen Grund, sie nicht rechtzeitig mit den Vorstellungen der Arbeiter vertraut zu machen.

Es gibt keinen Grund für die Frauen bei Philips, ihrem Betriebsratsobmann Pazdera nicht zu sagen, daß sie nach den Lohnsenkungen im Rahmen der Umstellung auf die VCR-Produktion nicht auch noch bei den KV-Erhöhungen das Opfer für die Konkurrenzfähigkeit abgeben wollen.

Es gibt keinen Grund für die Kollegen von VOEST und VEW, ihrem Betriebsratsobmann nicht nahezubringen, daß sie nach den Lohnverlusten durch Umschulungen, unbezahlten Zwangsurlauben, Streichung von Überstunden und Wochenendschichten, bei den KV-Verhandlungen auf eine ausreichende Lohnerhöhung für die Normalarbeitszeit nicht verzichten wollen.

Es gibt keinen Grund für die Zehntausenden von Kolleginnen der Frauenbetriebe, ihre Vertreterinnen der Frauensektion, Braun und Fast nicht daran zu erinnern, daß sie zwar ungezählte Beschlüsse gegen die Unterbezahlung der Frauen zustandegebracht haben, aber in den letzten Jahren vom Verhandlungskomitee die Streichung der Frauenlohngruppen 6 und 8 aus dem Metall-KV nicht einmal gefordert wurde.

Es gibt keinen Grund für die Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter und -innen, ihren Obmann Kinigadner nicht eindringlich auf die 75%-Forderung für Lehrlinge und auf die Streichung der Jugend-Lohngruppen 9 und 10 aufmerksam zu machen, die er offensichtlich auch nur bei Kongressen und anderen feierlichen Anlässen hervorholt.

Zur Einschüchterung wird Sekanina den Zentralvorstand mit einem Referat über die drohende Arbeitslosigkeit einleiten. Auch hier gibt es keinen Grund, den versammelten Kollegen und Herren nicht nahezulegen, gegen diese tatsächliche Bedrohung eine Stellungnahme für eine entschiedene Verbesserung der Arbeitslosenversicherung zu verabschieden und die Sekanina-Predigt für einen solidarischen Lohnverzicht zurückzuweisen.

Die Arbeiter im Bereich Metall-Bergbau-Energie sind ausschlaggebend für den Verlauf der gesamten Lohnrunde. Darüber gibt es keine Debatte. Seit Jahren rechtfertigen einige führende Sozialdemokraten gegenüber den Industrieangestellten damit ihre Kapitulationspolitik. Voriges Jahr haben sich die Kollegen damit nicht imponieren lassen, daß Benya bei den Metallarbeitern die Aufstellung einer Mindestforderung verhindern wird. Deshalb hat die Sektionsführung sich heuer lieber gleich erst auf Ende März „vertagt", damit ja der Druck groß genug ist, um die Forderung von der Basis niederhalten zu können. Statt ihres Gejammers über die Bindung an die Arbeiter sollten die Kollegen wie im Vorjahr mit gutem Beispiel vorangehen – eine Mindestforderung (im Vorjahr S 730,-) könnte eine ganz andere „Bindung" von Arbeitern und Angestellten bewirken, als sich die Gewerkschaftsführung träumen läßt.

Die Zentralvorstandssitzungen werden einen ersten Aufschluß darüber geben, wie weit die Kapitalisten mit ihren Plänen durchkommen werden. Sie werden in diesem Sinn auch wichtige Entscheidungen treffen. Sie beeinflussen die Bedingungen für die Auseinandersetzungen um die Löhne von 600.000 Arbeitern und Angestellten. Aber sie sind trotzdem nicht mehr als der Beginn der Auseinandersetzungen. Ein guter Anfang wäre aber viel wert.

15.2.78, Red.

Lohnerhöhung um Inflationsrate – Lohnraub!

6 % Abschluß für Anfang Juni; davon ist in Kreisen der Gewerkschaftsspitze für die Metall-KV-Runde die Rede. Wir haben an 3 gut 70% der Metallarbeiter repräsentierenden Beispielen die Auswirkungen dieses Lohnraubabschlusses ausgerechnet. Verglichen wird das Monat nach dem letzten Abschluß 77 mit dem fiktiven Verdienst im Juni 77. Die Erhöhungen der Sozialversicherung im Jänner 78 sind berücksichtigt. Die 6% würden S 270 – 450,- netto mehr ausmachen. Inflationsbereinigt – soviel hätte man im März 77 verdienen müssen, um die gleiche Menge von Waren zu kaufen – sinkt der Lohn um 60 – 100 Schilling.

Lohn und Abzüge	Arbeiter Stahlindustrie 2 Kinder Alleinverdiener		Arbeiter Stahlindustrie Auto unverheiratet		Arbeiterin Elektroindustrie verheiratet	
	März 1977	Juni 1978	März 1977	Juni 1978	März 1977	Juni 1978
	168 Stunden		191 Stunden		177 Stunden	
Bruttolohn	8501,-	9011,-	10 248,-	10 863,-	7611,-	8068,-
Zulagen	1054,-	1117,-	1 480,-	1 569,-	–	–
Überstundenzuschlag	288,-	305,-	2 013,-	2 134,-	193,5	205,-
Wohnungsbeihilfe	30,-	30,-	30,-	30,-	30,-	30,-
Bruttolohn	9873,-	10 463,-	13 771,-	14 596,-	7834,5	8303,-
Lohnsteuer	75,-	185,-	1 388,-	1 500,-	906,-	1001,-
SV-Beitrag	1312,-	1465,-	1682,-	1954,-	1073,-	1158,-
Gewerkschaft	98,-	100,-	100,-	100,-	78,-	83,-
Abzüge	1485,-	1750,-	3170,-	3554,-	2047,-	2242,-
Nettolohn	8388,-	8713,-	10 601,-	11 048,-	5787,-	6061,-
Differenz 78–77		325,-		441,-		274,-
Nettolohn 78 inflationsbereinigt		8220,-		10 417,-		5717,-

Post 5020 Salzburg: Sparmaßnahmen

Ein Kollege aus der Briefumleitung berichtet:

„Im Jänner hat es viel Arbeit gegeben. Da kommen die ganzen Versicherungen mit ihren Geschäftsbriefen daher. Allein die Wüstenrot hat über eine Million aufgegeben.

Über Nacht wird „Energie gespart", d.h. die Heizung wird oft zurückgeschaltet, weil die Türen am Bahnsteig oft offen sind, kommt kalte Luft herein, ziehen tuts auch.

Und jetzt, im Feber, wo weniger Arbeit ist, soll an einem Wochenende eine Zählung durchgeführt werden! Im Inspektorat, wo keiner einen Schimmer von unserer Arbeit hat, wird herumgeredet, daß bei uns viel Stehzeit anfällt. Klar, wir stehen ja bei unserer Arbeit! Das ist schon eine Frechheit, wenn die Herren behaupten, bei uns wird viel Karten gespielt, die Kollegen stehen nur herum oder schlafen . . . .

Eine Zählung am Wochenende, das ist die reinste Bösartigkeit! Sowas hat nur den Zweck, mit verfälschten Zahlen von 'sinkenden Verkehrsleistungen' zu reden. Und mit solchen Begründungen noch mehr einsparen zu wollen. Mit uns wollen sie umspringen wie mit einem Arbeitsvieh. Ausschauen tut es bei uns eh wie in einem Saustall, man braucht sich nur das Klo ansehen, zwei Kabinen für 180 Bedienstete! – Wer sich das vernünftig überlegt, der wundert sich nicht mehr, daß die Briefumleitung als KZ bezeichnet wird!

Milchkrisengroschenerhöhung: Schlag gegen kleine Bauern

Nach der Erhöhung des Milchkrisengroschens (Steuerabgabe pro produziertem Liter Milch, mit der der Staat die Stützungsgelder für die Milchüberschüsse aus den Taschen der Kleinbauern finanziert) im September 1977 auf 34,5 Groschen pro Liter soll nun der Milchkrisengroschen für die Milchproduzenten rückwirkend mit 1.1.1978 auf 41 Groschen angehoben werden.

Diese Maßnahme richtet sich in erster Linie gegen die Masse der Kleinbauern und Mittelbauern, die die Hauptmilchlieferanten in Österreich sind. 1974 verfügten neun von zehn Kuhbesitzern über höchstens 10 Kühe. Drei Viertel aller Kühe in Österreich werden in Beständen bis höchstens 10 Kühe gehalten. Kuhbestände über 20 Kühe machen dagegen nur 4% aus. Ein ähnliches Bild ergibt sich bei der Milchanlieferung: 1975 entfiel auf 86% aller Lieferanten eine Jahresanlieferung von weniger als 25.000 kg. Von ihnen stammen 58% der gesamten angelieferten Milch. Nur 24 Prozent der Betriebe lieferten über 50.000 kg im Jahr, ihr Anteil an der Milchlieferleistung betrug nur 12,6%.

Eine Untersuchung des Wirtschaftsforschungsinstitutes ergab, daß die großen landwirtschaftlichen Betriebe hauptsächlich Forstwirtschaft oder andere großräumige und mit großem maschinellen Aufwand unterhaltene Produktionszweige (Weizenanbau, Maisanbau z.B.) betreiben. Größere landwirtschaftliche Betriebe können sich auch leichter von der Milchproduktion auf einen anderen Produktionszweig in der Landwirtschaft umstellen. Den kleinen und mittleren Bauern, die in der Milchproduktion dominieren, ist das natürlich nicht möglich. Meist schon bis über beide Ohren verschuldet, ist eine weitere Kürzung des Preises, den sie pro Liter Milch von der Molkerei bekommen und der etwa die Hälfte dessen ausmacht, was die Arbeiter und Angestellten im Geschäft bezahlen müssen, ein weiterer und bei vielen der endgültige Schritt zum Ruin. Auch 1977 haben auch deswegen wieder über 10.000 kleine und mittlere Bauern ihre Wirtschaften aufgegeben.

Welch große Empörung die geplante Milchkrisengroschenerhöhung unter den kleinen und mittleren Bauern hervorrief, zeigt auch die Tatsache, daß das Präsidium der Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft erstmals seit vielen Jahren kurzfristig eine Krisensitzung einberufen hat.

Vereinigte Edelstahlwerke:

Betriebsstillegungen, Zwangsurlaub, Kurzarbeit ...

Am 9. Februar fand in Kapfenberg die Betriebsrätekonferenz der Vereinigten Edelstahlwerke (VEW) statt, in der das vom Zentralbetriebsrat vorgeschlagene Sparprogramm abgestimmt wurde. Anfang Jänner hatte die Konzernleitung mit der Entlassung von 2.000 Beschäftigten gedroht oder aber die Zustimmung zu direkten Kürzungen der Arbeiterlöhne verlangt. Der Zentralbetriebsrat, mit dem steirischen SPÖ-Landespolitiker Gruber an der Spitze, hatte daraufhin - anstatt der Provokation der Konzernleitung entgegenzutreten - ein Sparprogramm als „Alternative" vorgelegt. Dieses *Sparprogramm* läuft auf indirekte Lohnkürzung hinaus:

10 Tage unbezahlter Urlaub im Jahr 1978; Halbierung der Lohnkosten für Überstunden, indem nur noch die Zuschläge ausbezahlt werden, während der Rest durch Zeitausgleich abgegolten wird; Zwangspensionierungen; Kurzarbeit unter dem Titel „Schulung", wo immer es die Konzernleitung für notwendig erachtet.

Die Konzernleitung hat dieses Kapitulationsangebot begeistert aufgenommen. „*Mit dramatischen Worten hatte natürlich (!) auch Generaldirektor Bayer für die Annahme des Sparpaketes geworben. Die Betriebsräte folgten in ihrer überwiegenden Mehrheit diesen Appellen.*" Das berichtete die sozialdemokratische „Arbeiterzeitung" am 10. Februar über die Betriebsrätekonferenz. „*Von 216 stimmten nur 11 dagegen*", kommentiert die „AZ" das Ergebnis der Abstimmung über das Sparpaket. Tatsache ist allerdings, daß nur 105 der 216 Betriebsräte für das Sparprogramm stimmten.

Daß die Durchsetzung des Sparprogramms Unmut und Widerstand der Belegschaft gegen die Konzernleitung hervorrufen muß, dessen ist sich auch Zentralbetriebsratsobmann Gruber bewußt. Er richtete an die Konzernleitung die Aufforderung, nicht mit ihrer „Mercedes-Armada" vor den Augen der Arbeiter spazierenzufahren. Und wenn ein Betriebsrat auf der Konferenz zweifelnd meinte „*...die Maßnahmen sind nicht leicht zu vertreten...*", so kommt auch darin die ablehnende Stimmung der Belegschaft gegen die Pläne der Konzernleitung zum Ausdruck, den Konkurrenzkampf auf dem Rücken der Arbeiter auszutragen.

Zwei der drei Referate auf der Betriebsrätekonferenz wurden von auf der Konferenz anwesenden Vorstandsmitgliedern des Konzerns gehalten. Von ihnen wurden die Betriebsräte über die finanzielle und wirtschaftliche Lage des Konzerns und das „mittelfristige Strukturkonzept" der Konzernleitung unterrichtet. Generaldirektor Bayer klagte, daß auf den internationalen Stahlmärkten „*keine kostendeckenden Preise zu erzielen*" seien.

Der Umsatz des Konzerns ist 1977 um 5% auf 9,2 Mrd. S, das Produktionsvolumen um 10% auf 591.000 t gestiegen. Die imperialistische Überproduktion drückt auf die Preise, deshalb steigt der Umsatz in Schilling langsamer als die Produktion in Tonnen. Senkung des Lohns der Arbeiter, die die Warenmassen produzieren, soll den Kapitalisten Spielraum verschaffen, um in der Preiskonkurrenz den Gegner auszustechen. Bei den Verhandlungen mit der Europäischen Gemeinschaft über Protektionsmaßnahmen auf dem europäischen Stahlmarkt hat die österreichische Bourgeoisie gefordert, ihre Stahlprodukte um bis zu 4% unter den EG-Marktpreisen anbieten zu dürfen. Die EG-Stahlkapitalisten werden nur 2,5% zugestehen. Damit sind die Aussichten auf eine Ausweitung des Marktanteiles für die österreichischen Kapitalisten nicht besonders günstig. Zugleich bringen ihre Forderungen zum Ausdruck, welchen Weg die österreichischen Stahlkapitalisten in der gegenwärtigen Krise einzuschlagen beabsichtigen: so weit wie nur möglich auf die Löhne drücken und rationalisieren, um im verschärften Konkurrenzkampf durch Unterbieten der Konkurrenten bestehen zu können.

Die geplanten Rationalisierungsmaßnahmen der VEW-Konzernleitung schlagen sich vor allem in den von ihnen geplanten Maßnahmen zur „Strukturverbesserung" nieder. Dabei zielen sie darauf ab, die einzelnen Produktionszweige der VEW auf wenige Standorte zu konzentrieren. „*Erzielung einer besseren Auslastung und dadurch größere Wirtschaftlichkeit*" erhoffen sie sich - das heißt, mehr Produktion mit weniger Anlagen und Arbeitern. In der Praxis sieht das dann so aus: *Einstellung der Blechproduktion in Kapfenberg und Mürzzuschlag, Konzentration der Blankstahlproduktion in Judenburg und Kapfenberg, Einschränkung der Schmiede, die gegenwärtig noch in sechs Betrieben läuft. Beschränkung der Rohstahlproduktion auf die Elektroöfen von Kapfenberg und Ternitz, Schließung des Werkes in Judenburg.*

Mit indirekter Lohnkürzung und steigender Ausbeutung durch das jetzige Sparprogramm sind die Angriffe der Konzernleitung auf die Arbeiter der VEW also noch keineswegs beendet. Gegen die Ankündigung der „Strukturverbesserungsmaßnahmen" durch die Konzernleitung gab es deshalb im Lauf der Betriebsrätekonferenz auch heftige Proteste, die ausdrücken, daß die Arbeiter nicht bereit sind, immer weiter und weiter zurückzuweichen. Die bisherige Kapitulationslinie des Zentralbetriebsrates hat die Kampfbedingungen für die Belegschaft erheblich verschlechtert. Den neuerlichen Angriffen der Konzernleitung werden die Arbeiter entgegentreten müssen.

VÖEST- Alpine Traisen: Schärfere Gangart auch in der Verstaatlichten

Die Ansicht, in der verstaatlichten Industrie herrschten etwas humanere Arbeitsbedingungen als in der privaten, erweist sich immer mehr als falsch. Gerade hier in Traisen, wo man im Gegensatz zu den anderen Zweigbetrieben des Konzerns auf einem beruhigenden Auftragsstand aufbauen kann, verschärft man ständig die Arbeitshetze.

Die angespannte wirtschaftliche Lage in der Schwerindustrie dient als Legitimation für die schärfere Gangart auch in der verstaatlichten Industrie. Dies gilt auch für jene Betriebe, deren Auftragsstand sehr zufriedenstellend ist. Die Anarchie des „Freien Marktes" zwingt die Imperialisten, aus der Arbeiterklasse das Maximum herauszuholen.

Im Werk Traisen der VÖEST-Alpine wurde unter Berufung auf die Konkurrenzfähigkeit in den letzten 3 Jahren die Produktionskapazität erheblich gesteigert. Die Tempergießerei wurde mit einer weitgehend automatisch arbeitenden Gießmaschine ausgerüstet. Dadurch wurde nicht nur den Formern und Gießern, sondern den mindestens 500 Beschäftigten der nachfolgenden Abteilungen das Arbeitstempo aufgezwungen. Es wurde dadurch eine bedeutende Produktionssteigerung erreicht, der ein fast gleichbleibender Beschäftigtenstand gegenübersteht.

Beim Ausbau der Produktionsstätten orientierte man sich ausschließlich an den Erfordernissen der Profitsteigerung. Das bewirkte, daß sich für die Belegschaft die Arbeitsbedingungen erheblich verschlechterten. Neben der Arbeitshetze beeinträchtigen Lärm und Zugluft die Gesundheit der Arbeiter. Erfordernisse der Sicherheit wurden nur in sehr beschränktem Rahmen berücksichtigt. So sind Gewindeschneidautomaten im Einsatz, an deren Spannvorrichtungen mindestens 20 Arbeiter einen Finger verloren haben. Zu Jahreswechsel wurde ein Rundschreiben verteilt, worin die Belegschaft aufgefordert wurde, in Anbetracht der finanziellen Lage auf Investitionen, welche nicht unmittelbar der Leistungssteigerung dienen, zu verzichten. Mehrere Arbeitnehmer, vorwiegend Frauen, bekamen von den Arbeiten mit Bohrwasser einen schmerzhaften und ekelhaft ausschendenden eitrigen Ausschlag. Kommt jemand, der diesen Ausschlag einmal hatte, später wieder mit Bohrwasser in Berührung, bricht dieser Ausschlag sofort wieder aus. Die Folge ist, daß diese Personen auf einen anderen Arbeitsplatz versetzt werden müssen, was praktisch immer mit Lohnverlust verbunden ist.

In diesem Zusammenhang ist auch das Verhalten der Betriebsleiter älteren, kranken Leuten gegenüber erwähnenswert. Erkrankt ein älterer Kollege schwer, sieht man sofort die Möglichkeit, den Belegschaftsstand durch „natürlichen Abgang" zu senken bzw. einen Lehrling an seine Stelle zu setzen.

Zu den Sparmaßnahmen gehört auch, daß die Überstunden auf ein Minimum reduziert werden. Die wenigen Überstunden, die noch genehmigt werden, dienen dazu, die Arbeiter zu spalten. Denn nur die besonders Tüchtigen werden bei der Einteilung berücksichtigt. So ist das Vorhandensein der Überstunden daher ein deutlich sichtbares Zeichen der Wertschätzung.

All diese Methoden mögen erklären, warum das Werk Traisen vergleichsweise sehr gut ausgelastet wird, und der Auftragsstand auch noch für die nähere Zukunft Auslastung der Produktionsmittel erwarten läßt. Man braucht allerdings nicht viel Phantasie, um sich vorzustellen, was geschieht, wenn trotz der Ausbeutung die Aufträge auf sich warten lassen. Die ohnehin schon sehr verunsicherte Arbeiterschaft wird dringend einer revolutionären Führung bedürfen, um sich nicht vollständig demoralisieren zu lassen. Da gerade der Ort Traisen eine große revolutionäre Vergangenheit hat, ist es wichtig, an diese Tradition anzuknüpfen.



W.I. Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus

172 Seiten, Preis S 5,10

Karl Marx: Lohn, Preis und Profit

88 Seiten, Preis S 3,30

Diese Schriften sind erhältlich über die Zellen des KB Österreichs, über die Verkaufsstellen des „Klassenkampf" oder durch Bestellung bei Alois Wieser Gesellschaft m.b.H., Postfach 13, 1042 Wien

Die Verbreitung revolutionärer Literatur in der Arbeiterklasse und unter den übrigen Volksmassen ist eine Kampfaufgabe für uns Kommunisten.

Seit Oktober 1977 haben die Ortsgruppen des KB sich die Aufgabe gestellt, vor allem Vertrieb und Studium der Werke „*Lohn, Preis und Profit*" von Karl Marx, und „*Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*" von W.I.Lenin voranzutreiben. Sie haben dabei gute Erfolge erzielt.

Die folgende Tabelle zeigt den Verkauf der Ortsgruppen seit der Gründung des KB bis zum jeweiligen Datum Direktbestellungen sind nicht enthalten.

	Ortsgruppe						
	Graz	Innsbr.	Linz	Klgft.	Sbg.	Wien	Insgesamt
Lohn, Preis und Profit							
24.9.77	21	17	71	14	44	271	438
3.11.77	34	17	94	17	68	281	511
15.12.77	43	22	110	21	71	336	603
10. 2.78	51	30	122	26	74	404	704
Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus							
24. 9.77	6	5	14	7	18	77	127
3.11.77	19	10	31	10	33	108	211
15.12.77	31	15	50	16	48	129	289
10. 2.78	33	20	62	16	52	187	370

„Liste Aktive Gewerkschaftsmitglieder" zu PV-Wahlen am Psychiatrischen Krankenhaus Wien

Am Psychiatrischen Krankenhaus der Stadt Wien hat sich aus Anlaß der bevorstehenden Personalvertretungswahlen der Gemeindebediensteten auf Initiative einer Reihe von Kollegen die „Liste Aktive Gewerkschaftsmitglieder" gebildet. Wir veröffentlichen einen Aufruf und das Programm der Liste.

Am 6. April 1978 finden die Personalvertretungswahlen der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten statt. Auch im Psychiatrischen Krankenhaus der Stadt Wien (PKH) wird die neue Personalvertretung gewählt. Nach vielen Jahren wird erstmals eine Liste die Kandidatur anstreben, die sich vorgenommen hat, ausschließlich von den Interessen des Personals auszugehen und nicht bereit ist, sich den Interessen „des Hauses" oder der Spar- und Rationalisierungspolitik der Gemeinde Wien unterzuordnen.

Wir haben allen Grund, ausschließlich unsere, die Interessen der Krankenschwestern und Pfleger, Arbeitspfleger, Stationsgehilfen und Bedienerinnen, die Interessen des medizinisch-technischen Fachpersonals und des Großteils der Assistenzärzte, die Interessen des Krankenbeförderungspersonals und der Professionisten, die Interessen der Schüler und die Interessen der kleinen Verwaltungsbeamten im Spital etc., bei den Wahlen in den Vordergrund zu stellen: Die Politik der Gemeinde Wien mitsamt den Magistratsabteilungen und der Führung des PKH hat zu katastrophalen Zuständen an unseren Arbeitsplätzen geführt. Ein Ende dieser Politik ist nicht abzusehen, im Gegenteil: Die Gemeinde Wien führt gegenwärtig ein umfassendes Rationalisierungsprogramm in den Spitälern durch.

Bei uns kommen ein bis zwei Pflegepersonen auf ca. 50 Patienten! Trotzdem wurde erst jüngst ein Personalaufnahmestop über das PKH verhängt.

Vor einigen Monaten versuchte die Gemeinde einen unerhörten Vorstoß zur Ausdehnung unserer Arbeitszeit, der aber von der überwiegenden Mehrzahl der Kollegen zurückgewiesen wurde - trotz der Köderung mit der erhöhten Mehrstundenzulage seitens der Personalvertretung! Weitere, ähnliche Vorstöße sind zu erwarten.

An allen Ecken und Enden wird Arbeits- und Verbandsmaterial eingespart. Insgesamt ist eine ausreichende Behandlung der Patienten und eine sinnvolle Beschäftigung mit den psychisch Kranken nicht möglich. Um den Betrieb aufrechtzuerhalten, gibt es laufend organisatorische Änderungen und Versetzungen, mit dem Endeffekt, daß noch weniger Kollegen noch mehr Arbeit leisten.

Jeder von uns schätzt die Lage im PKH so ein, daß er nur mit Grausen an die Möglichkeit denkt, hier einmal als Patient zu sein.

Die unter solchen Zuständen verständliche Unlust und der aufkommende Widerstand unter den Kollegen werden mit kleinlichen Schikanen, mit Drohungen, mit Niederschriften, schlechten Dienstbeschreibungen und Entlassungen geahndet. Abgesehen von manchen unbedeutenden Ausnahmen ist in allen Bereichen und Pavillons des PKH die Lage untragbar, für Personal und Patienten. Unsere Arbeitskraft wird immer rascher verbraucht und nach 20 Dienstjahren sind wir kaputt. Die älteren Kollegen können ein Lied davon singen.

Für den steigenden Verbrauch unserer Arbeitskraft bekommen wir keinen Groschen mehr. Vielmehr brachten die letzten Gehaltsabkommen nicht einmal eine entsprechende Abgeltung der Teuerung und der Steuerprogression. Netto bekamen wir ab 1.1.1978 vielleicht 100,- bis 300,- Schilling mehr!

Um die Rationalisierungen und den Gehaltsabbau leichter durchzusetzen, weisen die Gemeinde und unsere Vorgesetzten ständig auf die „Ethik des Pflegepersonals" und auf die „Verantwortung des Sozialberufs" hin.

Angesichts dieser rücksichtslosen Steigerung der Ausbeutung unserer Arbeitskraft bleibt uns nur ein Weg offen: Wir müssen uns selbständig zusammenschließen, unsere Interessen gegenüber den Angriffen der Gemeinde formulieren und sie aktiv durchsetzen!

Der andere Weg, den die Gewerkschaftsführung und auch unsere Personalvertretung geht, ist der Weg der „Sozialpartnerschaft", der Regierung, Gemeinde und Kapital zu neuen Pfründen und Profiten führt.

Uns hingegen führt dieser Weg zur Unterordnung unserer berechtigten Forderungen unter die „Interessen des Hauses" und unter die Raubpolitik von Gemeinde und Staat!

Wir müssen entschieden den ersten Weg einschlagen und mit dem zweiten Weg brechen, denn er hat nur Nachteile für uns gebracht! Auch wenn die Spitzen der Parteien und ihrer Fraktionen jetzt vor den Wahlen versprechen, daß SIE für UNS schon alles regeln werden, haben wir von ihrem Weg nichts zu erwarten.

Nicht SIE für UNS, sondern WIR SELBST müssen aktiv werden. Was wir brauchen, können wir uns nur selbst holen. Dabei kann ein guter Personalvertreter uns eine wichtige Stütze sein. Aber ein Personalvertreter ohne die einheitliche Kraft der Kollegen hängt in der Luft und wird keine Verbesserung unserer Lage herbeizaubern können.

Die „LISTE AKTIVE GEWERKSCHAFTSMITGLIEDER" leistet durch ihre Kandidatur zur Personalvertretung einen Beitrag zum Zusammenschluß der Kollegen. Das tut sie dadurch, daß sie öffentlich ein Forderungsprogramm vorlegt, das nichts anderes als die Interessen der Kollegen vertritt. Das tut sie weiters dadurch, daß sie alle Kollegen auffordert, an der Verbesserung und Konkretisierung des Forderungsprogrammes mitzuwirken, selbst auf der „LISTE AKTIVE GEWERKSCHAFTSMITGLIEDER" für die Personalvertretungswahl zu kandidieren und aktiv an den Vorbereitungen für die Wahl teilzunehmen. Voraussetzung für die Mitarbeit ist weder irgendeine Parteizugehörigkeit noch irgendeine bestimmte Weltanschauung, sondern das entschiedene Eintreten für die Interessen der Kollegen. Es geht darum, Schluß zu machen mit dem Ausverkauf unserer Interessen an die Gemeinde!

Unterstützt die Forderungen der „LISTE AKTIVE GEWERKSCHAFTSMITGLIEDER"!

Schließt Euch auf den Pavillons und den anderen Arbeitsplätzen hinter Euren Forderungen zusammen!

Kandidiert auf der „LISTE AKTIVE GEWERKSCHAFTSMITGLIEDER"!

Unterstützt die „LISTE AKTIVE GEWERKSCHAFTSMITGLIEDER" durch Eure Unterschrift!

Programm der „Liste Aktive Gewerkschaftsmitglieder"

1.) Zum Gehalt:

- Ausreichende lineare Gehaltserhöhungen in Schilling und Groschen für alle gleich!

- Laufzeit der Gehaltsabkommen nicht länger als ein Jahr!

2.) Gegen das Rationalisierungsprogramm der Gemeinde

- Kein Personalaufnahmestop im PKH

- Keinerlei Beschränkungen beim Arbeitsmaterial - Verbandsmaterial etc.!

- Ausreichende hygienische Maßnahmen für die Sicherung der Gesundheit z.B.:

- Ausreichende Mittel zur Händedesinfektion!

- Einmalhandtücher!

- Einmalhandschuhe!

3.) Zur Arbeitszeit, Pausenregelung, Urlaub:

- Für die Durchsetzung und strikte Einhaltung der 40-Stunden Woche bei den Gemeindebediensteten

- keine wie immer geartete Verschlechterung der derzeitigen Arbeitszeitregelung im PKH (im Pflegedienst 6er-Radl, 43-Stunden-Woche)

- Dauer der Nachtarbeit nicht länger als die halbe Tagesarbeitszeit - Bereitstellung von Schlafstellen für die restliche Nachtzeit!

- Für das Recht auf eine ½-stündige Ruhepause für je 6 Stunden Dienst (im Radldienst je eine ¼-Stunde Frühstücks- bzw. Jausenpause, ½-Stunde Mittagspause, analoge Regelung im Nachtdienst!)

- Eine Woche Urlaub mehr für alle!

- Weg mit der Höchstbegrenzung des Urlaubsausmaßes mit 32 Tagen für Gemeindebedienstete!

4.) Zum Dienstrecht:

- Keine Niederschriften!

- Weg mit den Dienstbeschreibungen!

- Keine Versetzungen gegen den Willen des betroffenen Bediensteten!

- Weg mit dem Disziplinarrecht!

5.) Zur Personalvertretung:

- Personalvertreter müssen den Kollegen verantwortlich und rechenschaftspflichtig sein - und niemand anderem!

- Gegen jede Verpflichtung der Personalvertretung auf die Betriebsinteressen!

- Aufhebung der Schweigepflicht der Personalvertretung!

Metro-Markt Linz: Erfolgreicher Kampf gegen verbrecherische Unternehmensleitung

Am 17. November 1977 demonstrierten etwa 300 Personen vor dem Metromarkt gegen die Fälschung von über 50 Arbeitsverträgen, gegen Kündigungen bei Gewerkschaftsbeitritt, gegen Verletzungen des Mutterschutz-, Arbeitsverfassungs- und Arbeitszeitgesetzes durch die Metro-Kapitalisten (wir berichteten im „Klassenkampf" Nr. 24/77, Seite 7, darüber).

Die von den Betriebsräten der Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA) organisierte Demonstration war ein wichtiger Schritt, um der Belegschaft des Metromarktes den Rücken zu stärken. Zusammenschluß der Metro-Belegschaft und ihr organisierter Kampf brachten den Arbeitern und Angestellten nun die ersten Erfolge gegen ihre Ausbeuter.

Die durch Ausradieren gefälschten Arbeitsverträge mußten nun wieder richtiggestellt werden. Das von der Gewerkschaft in die Wege geleitete Verfahren gegen die Metromarkt-Unternehmensleitung bei der Staatsanwaltschaft Linz läuft trotzdem weiter. Die Belegschaft erhielt S 200.000,- an Nachzahlungen. Um sich wenigstens einen ehrenwerten Schein zu erhalten, behauptete Metro-Geschäftsführer Nitschmann, Korrekturen bei den Dienstverträgen seien deshalb notwendig geworden, weil eine Reihe von Mitarbeitern erst lange nach ihrem Eintritt in das Unternehmen die Belege über die Vordienstzeiten nachgebracht hätten. Leider sei versäumt worden, die Unterschrift der Betroffenen unter die berichtigten Dienstverträge setzen zu lassen. (Oberösterreichische Nachrichten, 3. Februar 1978). Tatsächlich waren Beschäftigte bei Androhung der Entlassung zur Unterschriftenleistung und Änderung der Arbeitsverträge gezwungen worden.

Die von den Kapitalisten gegen den Willen der Beschäftigten durchgedrückte neue Arbeitszeitregelung mußte zurückgenommen werden. Ebenso wurde den Verstößen gegen das Mutterschutzgesetz und das Arbeitsverfassungsgesetz ein Riegel vorgeschoben.

Während die Metrogeschäftsführung sich nun untereinander bekriegt und einer dem anderen die Schuld in die Schuhe schieben will, ist die Belegschaft des Metromarktes gestärkt und selbstbewußt aus dem Kampf hervorgegangen.

Papierfabrik Arland/Graz: Niedriger Lohn zwingt selbst Kranke zur Schichtarbeit

In unserer Abteilung (Holzschleiferei) werden wegen Rationalisierungsmaßnahmen 30 Kollegen „abgebaut". Zwei ältere Kollegen sollen versetzt werden. Anfangs wurde uns von Betriebsleitung und genauso vom Betriebsrat vorgeschwärmt, daß die Arbeit viel angenehmer und leichter wird, wenn die neue Anlage läuft. Jetzt heißt es plötzlich: „Die Alten müssen versetzt werden, weil sie nicht mehr mitkommen, wenn die neue Anlage läuft." Tatsächlich ist es so, daß die neue Maschinerie für uns nur verschärfte Arbeitshetze und keinerlei Erleichterung bedeutet.

Die beiden Kollegen sollten in eine Abteilung versetzt werden, wo es keine Samstag/Sonntag Arbeit und keine Nachtschicht gibt. Eigentlich etwas feines für einen Arbeiter, der in jahrelanger Schichtarbeit nervlich und körperlich vollständig ausgesaugt wurde. Vor allem für einen der beiden Kollegen wäre es wichtig, nicht mehr Schichtarbeit machen zu müssen. Er arbeitet schon seit 15 Jahren bei Arland - immer Nacht-, Nachmittag-, Frühschicht. Davon hat er ein Magenleiden. Der Arzt hat ihm schon vor 5 Jahren gesagt, er soll mit der Schichtarbeit aufhören. Also alles in Ordnung wenn er versetzt wird? Keineswegs! Er hat sich gegen die Versetzung gewehrt. Wieso? Für uns sind Schichtzulage, Samstag-, Sonn- und Feiertagsschichten ein wichtiger Bestandteil des Lohnes. Die Versetzung in eine Abteilung ohne Schichtarbeit hätte für den Kollegen einen Lohnverlust von S 1.400,- monatlich bedeutet.

Er muß zwar den gleichen Stundenlohn weiterbezahlt bekommen, verliert aber wegen der Zulagen, die er nicht weiter kriegt, 1.400,- im Monat. Obwohl schon relativ alt, hat der Kollege noch zwei schulpflichtige Kinder zu versorgen. Die letzten 3 Jahre werden als Grundlage für die Pensionsberechnung herangezogen. 1.400,- Lohnverlust - das kann er sich nicht leisten! Da muß er weiter Schicht arbeiten, auch wenn das sein Leben verkürzt und er gar nicht weiß, ob er die Pension auch nützen kann.

Für den anderen Kollegen sieht es ähnlich aus. Beide Versetzungen mußten von der Firmenleitung rückgängig gemacht werden. Ein Sieg für die Kollegen? Nein - eine bittere Notwendigkeit.

Fortsetzung von Seite 1

Keine Inbetriebnahme von Zwentendorf – Volksabstimmung !

in dieser Situation nicht zögern und muß unüberhörbar klarmachen: „Keine Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf, Volksabstimmung darüber!"

„Es darf solchen Argumenten ganz klar entgegengehalten werden, daß eine Volksabstimmung . . . . über die Inbetriebnahme von Zwentendorf genauso unsinnig wäre wie eine über die Wiedereinführung der Todesstrafe: Denn in beiden Fällen würde nicht die vernünftige Überlegung, sondern die hochgepeitschte Emotion den Ausschlag geben. Nein, das ist schon eine Sache, die von den Politikern entschieden werden muß." (Thomas Chorherr in „Die Presse",4.2.78). Ebenso äußerte sich Kreisky, der äußerst gereizt den vorsichtigen Antrag der Sozialistischen Jugend nach einer Volksbefragung abkanzelte.

Offenbar sind die Herrschaften hier verwundbar. Das ist kein Wunder. Unter den gegenwärtigen Bedingungen rührt die Forderung nach Volksabstimmung an den Nerv des bürgerlichen Parlamentarismus. Und trifft sie die herrschende Klasse und ihre Regierung schwer bei der Durchführung ihrer politischen Absichten. Die SPÖ-Regierung und mit ihr ÖVP und FPÖ können nicht einer Volksabstimmung stattgeben, von der sie wissen, daß sie gegen sie ausgehen würde. Wie soll sie aber bei Ablehnung einer Volksabstimmung ihre Demokratenmaske auf- und ihr parlamentarisch-demokratisches Getue beibehalten? Wie sollen sie unter diesen Umständen ihre reaktionäre Politik, von der Vorbereitung der Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf bis zu Polizeieinsätzen gegen das Volk, rechtfertigen? Die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung, hat mit dem Hinweis darauf, daß sie „in den Betrieben den Finger am Puls" hat, erklärt, die Arbeiterschaft sei wie ein Mann für die sofortige Inbetriebnahme von Zwentendorf. Warum reagieren die SPÖ-Führer dann so gereizt auch nur auf die Erwähnung der Möglichkeit einer Volksabstimmung? Warum versuchen sie, alle solchen Stimmen in den eigenen Reihen im Keim zu ersticken? Das allein zeigt schon die die Sprengkraft dieser Forderung. Sie ist die Angriffsparole gegen den Parlamentsbetrug. Sie muß jetzt im Zusammenhang mit den und gestützt auf die selbständigen Kampfschritte der Bewegung massiv erhoben und der Regierung und dem Parlament entgegengestellt werden.

„Die Sicherheit gewährleisten und das Atommüllproblem lösen": Der kleinste gemeinsame demagogische Nenner von SPÖ, ÖVP, FPÖ und KPÖ

Unter Sicherheit für das AKW Zwentendorf - das die sozialdemokratische Propaganda sogar als sicherstes der Welt bezeichnet - verstehen sie noch ein paar Verordnungen mehr oder vielleicht ein neues Reaktorgesetz, wie es die ÖVP will. Das Gerede von den 1.000 und mehr Sicherheitsauflagen für das Werk soll davon ablenken, daß die Elektrizitätsgesellschaften, ja die ganze österreichische Kapitalistenklasse möglichst rasch und sicher Profit aus dem AKW ziehen bzw. ihre Konkurrenzposition gegenüber anderen Kapitalisten gesichert wissen wollen.

Nur zufällig wurde Mitte 1977 öffentlich bekannt, daß „eine um den Dampfdruck-) Kessel führende Schwachstelle an der Bodenkante existiert, die bei Wachsen eines Risses in derselben ein schlagartiges Abreißen des Reaktordruckgefäßbodens bewirken würde, was einer Kesselexplosion gleichkäme. Die Dampfkesselverordnung 264/49 schreibt für den Druckgefäßboden zwecks Vermeidung von Spannungsüberhöhungen eine Krempe mit einem Krempenradius von mindestens einem Zehntel des Druckgefäßbodendurchmessers vor. Diese Bestimmung soll nicht eingehalten worden sein" (fpd, 3.2.78). Und eine Zeitung berichtet dazu: „Dem Kurier ist in diesem Zusammenhang berichtet worden, daß ein bereits pensionierter Ministerialrat im Bautenministerium sich geweigert hätte, den Druckkessel zu genehmigen, während dessen Nachfolger, ein Sektionschef, keine Bedenken hätte" (Kurier, 4.2.78).

Sparen selbst am nötigsten Baumaterial, zügellose Arbeitshetze und Akkordschinderei beim Bau des Reaktors und seiner Bestandteile, alle diese typisch kapitalistischen Erscheinungen prägen auch den Atomkraftwerksbau. Die Arbeiterklasse, die dies jeden Tag erlebt, muß zu Recht voller Sorge auf das AKW und seine möglichen Folgen blicken. Wie wenig die massenhaften Verordnungen daran etwas ändern, zeigt das Beispiel vom Austausch eines widerspenstigen Beamten, die überdies käuflich sind sowie das Gewissen der Politiker und ihrer Parteien. Diese lehnen auch nicht zufällig seit Jahren ein eidesstattliches Dementi, über 3 Millionen Schilling Schmiergelder von den AKW-Konzernen erhalten zu haben, ab.

Wenn die bürgerlichen Parteien und Politiker von größtmöglicher Sicherheit reden, dann wollen sie damit die Ablehnung des AKW-Programms durch das Volk auf diese oder jene Verbesserung, aber jedenfalls Zustimmung zur Inbetriebnahme lenken. Das Volk aber will überhaupt kein Atomkraftwerk unter den bestehenden Verhältnissen. Offensichtlich ist Sicherheit des AKW im Verständnis des Volkes auch nicht etwas, das nicht nur richtig verlegte Rohre einschließt, sondern genausogut die Erdbebengefährdung des AKW Zwentendorf, die laut Untersuchungen des Wiener Geologen Dr.Tollmann gegeben ist und keineswegs nur bis zu jener Erdbebenstärke droht, bis zu der das AKW beschädigungssicher gebaut ist. Jedenfalls hat auch der von der Regierung bestellte Dr.Drimmel offen eingestanden, daß das AKW in ein schon öfters von Erdbeben heimgesuchtes Gebiet hineingebaut wurde und noch dazu - damit die Stromübertragungsverluste gering und die Gewinne der E-Gesellschaften umso höher sind - keine 30km von der Großstadt Wien entfernt.

Das Volk versteht unter Sicherheit nicht nur das Werk selbst, sondern auch die möglichen Folgen für die Lebensbedingungen in seinem Umkreis. Für die Bauern des Wald- und Weinviertels, im Tullnerfeld oder um St.Pantaleon geht es um die Existenzgrundlagen.

Eine Propagandaoffensive und den politischen Vormarsch der Bewegung organisieren

Dieser Widerstand gegen das AKW-Programm von allen Seiten verdient die volle Unterstützung der Arbeiterklasse. Offensichtlich ist das Ziel dieses Widerstandes nicht die eine oder andere Sicherheitsbestimmung mehr, sondern die Nichtinbetriebnahme des AKW Zwentendorf und die Bekämpfung des gesamten imperialistischen AKW-Programm sich direkt gegen die gerechten Bestrebungen der erdölproduzierenden Länder der Dritten Welt richtet, was Österreich durch seinen Beitritt zur Internationalen Energieagentur dokumentierte.

Die Konferenz der IÖAG am 4.2.1978 in Wien, bei der 38 Delegierte und insgesamt fast 100 Teilnehmer aus ganz Österreich anwesend waren, hat die Weichen auf Vormarsch gestellt (siehe den Beschluß zum Großaktionstag).

Die Entfaltung einer Propagandaoffensive und der Vormarsch der Bewegung werden noch gehemmt durch einige Schwächen der Bewegung, deren Überwindung mit den Ausschlag geben wird, ob der Kampf gegen die Inbetriebnahme erfolgreich verläuft.

Eine Schwäche ist es, wenn viele der Aktivisten der Bewegung gegen Atomkraftwerke das Hauptübel in der Kernspaltung an sich sehen,bzw. meinen, diese würde vom Menschen unter keinen Umständen beherrschbar sein.Es geht darum, daß die kapitalistische Produktionsweise als der eigentliche Hemmschuh der Entfaltung der Produktivkräfte angegriffen wird.

Eine Schwäche der Bewegung ist der nach wie vor relativ geringe organisierte Einfluß und Rückhalt in der Arbeiterklasse und den Gewerkschaften.

Die IÖAG-Konferenz hat Maßnahmen beschlossen, um den Widerstand gegen das AKW-Programm in den Gewerkschaften zu verstärken und unterstützt eine Gewerkschafterkonferenz, die von einem Vorbereitungskomitee von Betriebsräten für Sonntag, 12. März, um 10 Uhr, nach Wien ins Porrhaus, Wien 4., Treitlstraße 3, einberufen wird.

Die Aufgabe dieser Konferenz soll sein, alle Betriebsräte, Jugendvertrauensräte, Personalvertreter, Vertrauensleute und alle Funktionäre der Gewerkschaften des ÖGB, die gegen das AKW-Programm und gegen die Inbetriebnahme sind, zusammenzufassen und eine zielstrebige Vorbereitung des Großaktionstages 9. April von Betrieben und Gewerkschaften her in die Wege zu leiten. Haben bei der Demonstration am 26. Oktober bereits Betriebsräte das Wort ergriffen, so gilt es am 9. April, noch einen Schritt darüber hinaus zu tun und eine gemeinsame Teilnahme an der Demonstration durch Gruppen von Kollegen, durch Betriebsräte und Belegschaften anzustreben. Eine Schwäche der Bewegung ist es auch, daß gerade die Bevölkerung der unmittelbar betroffenen Gebiete Niederösterreichs zuwenig entschlossen mobilisiert wird und noch nicht einen ihrer Bedeutung entsprechenden Platz in der Bewegung spielt, obwohl nicht nur aus dem Wald- und Weinviertel bekannt ist eine sehr massive Widerstandsstimmung, sondern erst kürzlich auch wachsende Unruhe unter den Bauern des Tullnerfeldes bekannt wurde.

Und auch eine Schwäche der Bewegung ist es, daß die Illusionen ins Parlament, in die bürgerlichen Politiker und Parteien vielfach noch groß sind, sodaß sich z.B. 23 Delegierte gegen 14 bei einer Enthaltung auf der IÖAG-Konferenz dafür aussprachen, statt der Losung „Parlamentsdebatte über AKW ist ein betrügerischer Schmäh" die Losung „Wer uns Zwentendorf beschert, ist keine Wählerstimme wert" am Schluß der Resolution zum Großaktionstag anzuführen.

Während aber ÖVP-Frau Schmitz, die so wie ein Vertreter des Kommunistischen Bundes Österreichs, eine Vertreterin der Sozialistischen Jugend, der Wissenschafter Dr.Weihs, ein Vertreter der Initiative „Gewerkschafter gegen AKW" und vielen anderen als Gast an der IÖAG-Konferenz teilnahm, noch großen Wind machte, daß ja die Mehrheit der Abgeordneten bereits dagegen sei, wird heute in einem parlamentarischen Unterausschuß zwischen SPÖ,ÖVP und FPÖ bereits um einen allseits akzeptablen Entschließungsantrag für die Parlamentsdebatte gefeilscht.

Der Vormarsch der Bewegung gegen AKW kann heutzutage nur unter klaren Parolen gegen den Parlamentsbetrug organisiert werden. Diese Meinung wird sich auch in der Bewegung immer breiter durchsetzen.

Der Vormarsch der Bewegung kann aber in der heutigen Situation nur dann seine volle Kraft entfalten, und die am Anfang genannten Stärken können nur dann voll zur Geltung gebracht werden, wenn die Bewegung sich nicht begnügt mit der Forderung „Keine Inbetriebnahme", wenn sie sich nicht begnügt, in Demonstrationen am 9. April sowie am Tag der Parlamentsdebatte zum Ausdruck zu bringen, daß der Kampf weiter geht, sondern wenn es in der Vorbereitung und Durchführung der Aktionen anläßlich der Parlamentsdebatte der Regierung und allen bürgerlichen Parteien in ganz Österreich entgegenschallt: Keine Inbetriebnahme – Volksabstimmung!

Red.

Großaktionstag gegen die Inbetriebnahme des AKW- Zwentendorf am 9. April 1978

(Auszüge aus dem Beschluß der Konferenz der IÖAG vom 4. Februar 1978 in Wien)

Im April 1978 soll im AKW-Zwentendorf der radioaktive Probebetrieb („Null-Leistung") aufgenommen werden. Daß Regierung und AKW-Betreiber es damit ernst meinen, haben sie zuletzt mit der Anlieferung der Brennelemente demonstriert. Die letzten Wochen haben aber auch gezeigt, daß die Bewegung gegen AKW die Regierung in empfindliche Schwierigkeiten gebracht hat und die Bedingungen für einen weiteren Aufschwung gut sind. Die Mehrheit der österreichischen Bevölkerung ist gegen das AKW-Programm. (. . . .)

Die Vorgänge und Enthüllungen der letzten Zeit zeigen, daß man sich keine Illusionen über diese „Volksvertreter" machen soll. Aus den praktischen Erfahrungen heraus haben wir am 26.10. die Parlamentsdebatte als ein abgekartetes Spiel, als großes Spektakel bezeichnet, bei dem die Interessen des Volkes auf der Strecke bleiben.

Doch die Entscheidungen fallen nicht im Parlament, im Geplänkel zwischen den „Volksvertretern", sondern in der praktischen Auseinandersetzung zwischen der Regierung, die den Interessen der AKW-Betreiber verpflichtet ist, und dem Volk, das seine Interessen selbst in die Hand nimmt. Wir werden uns durch eine Parlamentsentscheidung für das Atomprogramm nicht abhalten lassen, für die Durchsetzung unserer Forderungen zu kämpfen. (. . . .)

Um die drohende Aufnahme des radioaktiven Probebetriebes in Zwentendorf zu verhindern, um alle Kräfte, die für den weiteren Kampf für das AKW-Programm gewonnen werden können, zusammenzuschließen, und um den Parlamentsbeschluß für die Regierung wertlos zu machen, um dadurch die Reihen der AKW-Gegner zu stärken, ruft die IÖAG für Sonntag, den 9.4.78 zu einer zentralen Demonstration in Wien auf. Zur unmittelbaren Vorbereitung und Mobilisierung dafür findet in Wien am Samstag, dem 8. April, eine Großveranstaltung statt (am späten Nachmittag).

Keine Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf !
Das Volk will kein Atomkraftwerk, dem muß sich die Regierung beugen !
Wer fürs AKW entscheidet, kann kein Volksvertreter sein !
Wer uns das AKW beschert, ist keine Wählerstimme wert
Viele können viel erreichen, das Atomprogramm muß weichen !
Keine Atommüllagerung im Waldviertel oder anderswo in Österreich!
Kein AKW in St. Pantaleon, Bogenhofen oder anderswo in Österreich !
Kein AKW an Österreichs Grenzen: Nicht in Rüthi, nicht in der CSSR ! (. . .)

Gegen die Unterbezahlung der Frauen

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!

Die ökonomische Forderung „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" ist eine der ältesten Forderungen der Arbeiterbewegung.

Österreich hat auch das Abkommen Nr. 100 der Internationalen Arbeitskonferenz über die Gleichheit der Entlohnung unterzeichnet. Praktisch gibt es diese Gleichheit jedoch nicht. Durch entsprechende Kollektivverträge und Leichtlohngruppen und die Anstellung der Frauen in untergeordneten und schlechter bezahlten Positionen wird sie umgangen.

Einige Zahlen über die Frauenbeschäftigung in Österreich veranschaulichen das:

– Nach einer Statistik des Statistischen Zentralamtes lagen die durchschnittlichen Bezüge der Frauen in den Jahren 1961 – 1974 um 52 – 57% niedriger als die der Männer (vgl. Oberösterreichische Nachrichten, 8. November 1977).

– 1977 beträgt der Prozentsatz der Angestellten, die in die höchste Lohnstufe fallen, bei den Männern 29%, bei den Frauen dagegen nur 4%.

– Eine Umfrage im Bereich des Wiener Handels ergibt, daß 32,3% der Frauen und nur 6,5% der Männer in der niedrigen Verwendungsgruppe 2 tätig sind.

– Daß die Frauen durchschnittlich um ein Drittel weniger verdienen, stimmt auch 1977 noch.

– Das Durchschnittseinkommen der Angestellten beträgt bei den Frauen etwa S 6.913,- bei den Männern jedoch S 8.709,- (vgl. Neue Zeit, O.Ö., 28. Okt. 1977).

Die Gründe für diese Unterbezahlung werden zumeist bei den Frauen selbst gesucht. Historisch gesehen, sollte ihre Arbeit nur einen „Zusatzverdienst" für die Familie liefern, während der Mann der Familienernährer war. Bei den meisten Arbeiterfamilien traf das jedoch nie zu. Darüber hinaus wird es auf Grund des ständig sinkenden Lohnniveaus und der steigenden lebensnotwendigen Ausgaben für Nahrung, Kleidung und Wohnung für immer mehr Familien zu einer Existenznotwendigkeit, daß auch die Frau arbeiten geht.

Betrug die Zahl der verheirateten, werktätigen Frauen 1951 noch 39%, so waren es 1961 schon 47,1% und 1969 bereits 57,3%. Etwa jede dritte Frau muß heute außer Haus berufstätig sein und mehr als die Hälfte der Frauen ist verheiratet. Auch die Erwerbstätigkeit der Mütter steigt ständig an.

Ein anderes Argument ist die kurze durchschnittliche Berufs- und Betriebszugehörigkeit bei den Frauen. Dadurch werde die Rentabilität der Betriebe beeinträchtigt, wenn die Löhne nicht „entsprechend gestaltet" würden. Gerade in Arbeiterfamilien traf dieses Argument nie zu. Wenn die Frauen gezwungen waren, nach der Geburt ihrer Kinder mit der Arbeit auszusetzen, so nicht deshalb, weil sie sich nun endlich den Mutterfreuden hingeben wollten, sondern weil sie keine andere Versorgungsmöglichkeiten für ihre Kinder fanden. Darüber hinaus sind unverheiratete Frauen völlig von ihrer Lohnarbeit abhängig und auch verheiratete Frauen sind immer öfter und immer länger gezwungen, Lohnarbeit zu verrichten.

Ein weiteres Argument, das man näher beleuchten muß, ist die den Frauen nachgesagte geringere Leistungsfähigkeit. Dadurch könnten sie nur an bestimmten Arbeitsplätzen eingesetzt werden. Hier wird jedoch nur die physische Belastung gewertet, während die psychischen Faktoren, die gerade bei industrieller Frauenarbeit eine große Rolle spielen, vollständig vernachlässigt werden. Der monotone Charakter und die ständig gleichen Handgriffe 8 Stunden am Tag bedeuten erwiesenermaßen die gleiche Belastung wie körperlich schwere Arbeit. Darüber hinaus gibt es auch Frauen, die physisch sehr schwere Arbeit verrichten. Lagerarbeiterinnen heben pro Tag 5.000 und mehr Kilogramm, genauso wie ihre männlichen Kollegen. Auch in Betrieben, in denen Männer und Frauen die gleiche Arbeit verrichten, die Leistung also dieselbe ist, werden die Frauen trotzdem unterbezahlt. 1973 erhielten die in der Glasindustrie beschäftigten Frauen 70% des Lohns, den ihre männlichen Kollegen für die gleiche Arbeit bekamen, in der Süßwarenindustrie betrug die Lohndifferenz zuungunsten der Frauen 20% und in der Holzindustrie 16%. (Aus „Frauenarbeit in Österreich", herausgegeben vom Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen, 1974).

Im Zusammenhang mit der Leistungsfähigkeit wird stets auch die niedrige Qualifikation der Frauen angeführt. Allerdings stimmt es, daß Frauen vor allem unqualifizierte Arbeiten verrichten und die Verteilung der Frauen auf die einzelnen Berufsgruppen und Branchen ist höchst ungleich. Mit Vorliebe werden sie in der Konsumgüterindustrie, also Nahrungs- und Genußmittel-, Bekleidungs- und Textilindustrie eingesetzt. Ein steigender Anteil der Frauen ist aber auch in der Industrie und im verarbeitenden Gewerbe beschäftigt, also in der Sachgüterproduktion, Metallindustrie und metallverarbeitenden Industrie, Elektro- und optischen Industrie. Dabei werden den Arbeiterinnen Arbeitsmethoden zugemutet, die gerade zu ihrer Entqualifikation führen.

Letztlich dient das auch als Vorwand für ihre niedrige Entlohnung. Ihre männlichen Kollegen üben vor allem die höheren und qualifizierteren Tätigkeiten wie Kontrolle, Wartung der Maschinen und Aufsicht aus. Die Produktionsabläufe in den Fabriken werden vollkommen zerstört, sie werden aus Profitgründen in Teilarbeiten zerlegt, die sich von einer Arbeitskraft nach einer kurzen Anlernzeit sehr schnell durchführen lassen. Daraus ergibt sich eintönige, sich ständig wiederholende und unqualifizierte Arbeit, die neben einer hohen physischen Belastung natürlich auch zu psychischen Störungen führt. Gerade für solche Arbeiten gelten Frauen als besonders geeignet und werden auch dementsprechend eingesetzt. Man muß weiters noch berücksichtigen, daß ein großer Teil der als Hilfsarbeiterinnen oder Angelernte tätigen Frauen einen Beruf erlernt hat. So wird zum Beispiel in der Elektroindustrie die Fingerfertigkeit von gelernten Friseurinnen oder Schneiderinnen geschätzt – aber nicht bezahlt.

Dazu kommt der wesentlich niedrigere Lohn der Frauen für Akkordarbeit als ihn ihre männlichen Kollegen bekommen. Folgende Statistik veranschaulicht dies deutlich:

Anteil der im Akkord geleisteten Stunden an der Gesamtstundenzahl:

	Akkordstunden in % der Arbeitsstunden 1969	1970	1971		Bruttostundenverdienst 1971
Sachgüterprod.	17	19	17	Männer	S 30,5
(Gewerbe u. Ind.)	35	38	40	Frauen	S 21,8
Metallindustrie	27	23	26	Männer	S 30,2
	58	60	62	Frauen	S 21,7
Elektroindustrie	32	30	33	Männer	S 29,3
	61	64	67	Frauen	S 21,4
Metallverarbeit.	28	15	26	Männer	S 32,1
Industrie	59	55	58	Frauen	S 22,3

(Aus „Frauenarbeit in Österreich", hrsg. vom Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen, 1974)

Der Anteil der von Frauen geleisteten Akkordstunden liegt also wesentlich höher als der der Männer, während ihr Bruttostundenverdienst erheblich niedriger ist.

Es gilt, daß für die Mehrzahl der Frauen Fabriksarbeit gleich Akkordarbeit ist. Das heißt für die Arbeiterinnen, daß sie ihre Arbeitskraft möglichst vollständig verausgaben müssen, denn die Höhe des Lohns wird nach der produzierten Stückzahl berechnet. Der Schein, der Lohn decke die Arbeitsleistung ab, wird dadurch verstärkt. Die Konkurrenz unter den Arbeiterinnen wird angestachelt und daraus folgt nicht zuletzt die ständige Erhöhung der Akkordnormen mittels immer neuer Zeitmeßverfahren.

Die Trennung von Männerarbeit und Frauenarbeit ist für den Kapitalismus eine äußerst lohnende Sache und wird daher künstlich aufrechterhalten. In Betrieben, in denen vorwiegend Frauen beschäftigt sind, ist das Lohnniveau niedriger, als in solchen mit einem hohen Männeranteil.

Die im Haushalt tätigen Frauen stellen für das Kapital nichts als einen Teil der industriellen Reservearmee dar. Im Krieg und in Zeiten des Konjunkturaufschwunges werden sie in Massen in den Produktionsprozeß einbezogen, wenn kein Bedarf mehr besteht, in Zeiten der Krise, sind Frauen unter den ersten, die auf die Straße gesetzt werden.



Frauenarbeit: acht Stunden am Tag die gleiche Arbeit

Allein die Zahlen aus Oberösterreich in der gegenwärtigen Krise veranschaulichen dies: Die Zahl der Arbeitslosen betrug Ende August 1977 5.365 Personen. Die Arbeitslosenrate bei den Männern beträgt ein halbes Prozent, bei den Frauen hingegen 2,3%, das sind 3.837 Frauen von 5.365 Arbeitslosen insgesamt.

Die entscheidenden Ursachen für die Unterbezahlung der arbeitenden Frauen sind also mit dem kapitalistischen Lohnsystem verbunden.

„Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" – diese Forderung ist heute so wenig verwirklicht wie vor hundert Jahren. „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!" – das ist die Forderung, die die Arbeiterklasse heute wie vor hundert Jahren der Unterbezahlung eines Teils von ihr durch die Kapitalisten entgegenstellt.

Pädagogische Akademie Graz: Warnstreik gegen Prüfungsverschärfung

Am 30. Jänner fand auf der Pädagogischen Akademie Hasnerplatz in Graz ein eintägiger, praktisch lückenlos durchgeführter Warnstreik statt. Er richtete sich gegen eine Verordnung des Unterrichtsministeriums, zwei unterrichtsfreie Prüfungswochen pro Semester auf eine zu kürzen.

Schon vorher gab es eine Kürzung der Inskriptionszeit auf eine Woche; Verschärfung der Testurbestimmungen; Abschaffung von einer Woche Urlaub; keine Freistellung für Waffenübende mehr; mehr Seminare und weniger Vorlesungen. Diese Maßnahmen zeigten schon bei den letzten Lehramtsprüfungen an der Pädak Hasnerplatz Wirkung: Durchschnittlich 47% der Kandidaten fielen durch. Das Gerede vom „Lehrerüberschuß" zieht nicht. Man kennt die empörten und völlig gerechten Aktionen von Eltern, Schülern und Lehrern in Mailberg (NÖ), Lauffen (OÖ), Leibnitz und Deutschlandsberg (Stmk.) gegen Schulschließungen, Unterrichtsstundenentfall und Klassenzusammenlegungen im letzten Jahr.

Viel eher als an „Lehrerüberschuß" denkt man wohl an die Worte des Unterrichtsministers Sinowatz 1975: *„Die wirtschaftliche Entwicklung, die durch eine internationale Unsicherheit gekennzeichnet ist, wird uns bei der Beachtung der materiellen Notwendigkeiten auf bildungspolitischem Gebiet in den nächsten Jahren wahrscheinlich stärker zu schaffen machen".* Schon 1976 wurde klar, was mit der *„materiellen Notwendigkeit auf bildungspolitischem Gebiet"* gemeint war: Faktischer Lehrerstop durch Kürzung der Ausgaben im öffentlichen Dienst! Daß jetzt auf der Pädak (und sicher nicht nur auf der einen in Graz) schon vor und nach der Lehramtsprüfung massiv gesiebt wird – mit Prüfungsdruck und verschärfter Auslese – das ist ebenfalls eine Sinowatz'sche „materielle Notwendigkeit auf bildungspolitischem Gebiet".

Die Einsparungen sind *eine* Seite der Maßnahmen zur stärkeren Reglementierung und Verschärfung des Studiums. Andererseits wird es gerade dadurch möglich, den ideologischen Druck auf die Studenten zu vervielfachen. Ob falsche, unnütze, überflüssige Sachen gelernt werden, das steht nicht zur Diskussion, am besten man lernt es auswendig. Oft geht es auch nicht anders. Schließlich soll man ja den Kohl, den man vorgesetzt bekommt, – vorausgesetzt man findet eine Stelle – in Geschichte zum Beispiel, weitergeben, soll den Kindern in der Volks- oder Hauptschule zum Thema „Faschismus" was Schönes vom „Superfaschismus in China" (so ein Geschichte-Professor auf der Pädak) erzählen . . .

Der geschlossen durchgeführte Warnstreik, die Einheit hinter der Forderung „zwei unterrichtsfreie Prüfungswochen pro Semester" zeigen, daß die Bedingungen zur Durchsetzung der Forderung nicht schlecht sind. Daß die Unterstützung von anderen Pädaks sehr groß ist, zeigen 440 Solidaritätsunterschriften von der Pädak Salzburg. Auch die ÖH der Universität Graz, sowie Lehrer von verschiedenen Schulen aus Graz und der Steiermark erklärten sich mit der Forderung der Pädak-Studenten am Hasnerplatz solidarisch. Für sie kommt es jetzt darauf an, auf einer Hörerversammlung die die Studentenvertretung plant, weitere Kampfschritte zu beraten. In einem Flugblatt der Zelle Hochschulen des KB wird ein aktiver, unbefristeter Streik vorgeschlagen.

Zelle Hochschule/ Ortsgruppe Graz

Militärkommando Wien/Stabskompanie – Maria Theresienkaserne

Sieg der Soldaten – TBC- Untersuchung für 300 Kameraden durchgesetzt

Trotz Einschüchterung und Unterdrükkung aller Soldaten, die eine Untersuchung forderten, ist es dem Einheitskommandanten Hauptmann Zehetmayer und dem Truppenarzt Dr. Kavina nicht gelungen, die Erkrankung eines Soldaten an offener TBC geheimzuhalten, eine Untersuchung aller anderen Soldaten zu verhindern, um so die skandalösen gesundheitlichen Bedingungen in der Maria-Theresienkaserne zu vertuschen.

Am 10.2. mußte ein Röntgenbus in die Kaserne kommen und an die 300 Soldaten wurden auf TBC untersucht. Das ist ein großer Erfolg der Soldaten der Maria-Theresienkaserne und der Gruppe Querschläger, die den Fall aufgerollt und öffentlich die Forderung nach Untersuchung der Soldaten aufgestellt hatte.

In den 13 Tagen zwischen der erstmaligen Aufstellung der Forderung und der erfolgreichen Untersuchung der Soldaten haben die Militaristen nichts unversucht gelassen, um den Kampf der Soldaten zu verhindern.

Über die Verhaftung von Wehrmann K., der am 29.1. in der Kaserne eine Versammlung abhielt, wo er die Soldaten aufforderte, sich aufgrund der großen Gefährlichkeit der TBC und der leichten Möglichkeit einer Ansteckung vom Truppenarzt untersuchen zu lassen, haben wir bereits in der letzten Nummer berichtet. Ebenso darüber, daß Hauptmann Zehetmayer die Staatspolizei in die Kaserne holen ließ, um herauszufinden zu lassen, wer die „Aufwiegler" des Kampfes in der Maria-Theresienkaserne und die „führenden Köpfe" der Querschläger-Gruppe sind.

Da diese Schritte nichts nutzten, sogar knapp danach ein Querschläger-Flugblatt in der Kaserne breit verteilt wurde, in dem die gesundheitlichen Zustände in der Maria-Theresienkaserne angeprangert und die oben genannte Forderung erhoben wurde, nahm sich Zehetmayer nochmals Wehrmann K. vor. In Gesprächen unter vier Augen drohte er ihm an, ihn fertig zu machen, wenn er seine „aufwieglerische Tätigkeit" nicht einstellte und sagte wörtlich: „Ich lasse Sie in den Maschen des Heeresstrafgesetzes zappeln, wie einen Fisch".

Gleichzeitig holte er ein weiteres Mal die Staatspolizei in die Kaserne, um wieder nach den „Aufrührern" fahnden zu lassen, wobei der Polizeibesuch so arrangiert wurde, daß möglichst viele Leute von ihm Kenntnis bekamen und so zu erreichen, daß die Soldaten, die gerade vor der Entscheidung standen, sich der Bewegung anzuschließen, eingeschüchtert wurden.

Trotzdem forderten immer mehr Soldaten sofortige TBC-Untersuchung.



Rösch: „Alle TBCler sofort isolieren!". Zehetmayer: „Jawoll! Wer hustet, oder nur wer schon Blut spuckt?". Rösch: „Blödsinn - wer drüber redet!"

Wütend darüber, daß er mit der Bewegung nicht fertig werden konnte, veranlaßte Hauptmann Zehetmayer die „Isolierung" des Wehrmann K.

Wehrmann K. suchte das Krankenrevier auf und hörte bereits beim Eintreten in den Warteraum von Kameraden, die gerade vom Arzt kamen, daß drinnen ein Unteroffizier und ein Sanitätsoffizier gerade abgemacht hätten, daß man Wehrmann K. mindestens 14 Tage in einem Einzelzimmer isolieren werde. Genauso war es dann auch: Der Sanitätsunteroffizier wies Wehrmann K. wegen „chronischer Bronchitis" auf das Krankenrevier ein, obwohl dieser vom Arzt nur seine laufend benötigten Medikamente holen wollte.

Im Krankenrevier wurde er dann tatsächlich in ein Einzelzimmer gelegt. Der diensthabende Sanitätsunteroffizier erließ an Wehrmann K. den Befehl, daß er das Zimmer nicht verlassen dürfe und an die anderen Revierinsassen den Befehl, jegliches Aufsuchen es Wehrmann K. in ihren Zimmern sofort zu melden, da Wehrmann K. ein „Aufwiegler" sei. Ein anderer Befehl lautete, daß Wehrmann K. am Tag höchstens einen Besucher empfangen dürfe.

All diese Befehle wurden nicht durchgeführt. Wehrmann K. kam mit den anderen Insassen des Krankenrevieres zusammen, er bekam Besuch von vielen Wehrmännern und verließ nach eigenem Gutdünken selbst das Krankenrevier, um mit Kameraden in anderen Gebäuden zu sprechen. Daß die Militaristen nicht in der Lage waren, diese Befehlsverweigerungen zu ahnden, zeigt die Stimmung in der Truppe und die schwache Lage der Kommandanten. Schließlich mußten sie einsehen, daß sie in dieser Frage den Soldaten unterlegen waren, und die geforderte Untersuchung wurde durchgeführt.

Am selben Tag, an dem die Untersuchung durchgeführt wurde, setzte Hauptmann Zehetmayer einen Schritt, von dem er wohl glaubt, daß er ihn von seinen Problemen mit der Bewegung der Soldaten gegen das militaristische Kasernensystem befreien wird. Wehrmann K. wurde wegen „chronischer Bronchitis" aus dem Militärdienst entlassen. Was ein Versuch der Untergrabung der antimilitaristischen Bewegung unter den Soldaten ist, wird sich aber in sein Gegenteil verkehren. Während die Soldaten der Maria-Theresienkaserne ganz genau wissen, daß man keinen einzigen Jugendlichen, der auch nur halbwegs kriechen kann, aus dem Wehrdienst ausläßt, haben sie nun gesehen, wie man versucht, sich von antimilitaristischen Soldaten zu befreien, die ein Vorbild für ihre Kameraden sind. Das öffnet natürlich vielen die Augen darüber, was die Militaristen für Soldaten im Bundesheer haben wollen - Soldaten, die sich willig in ihre völlige Rechtlosigkeit fügen.

Solange aber breite Teile des Volkes auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht in die bürgerliche Armee eingezogen werden, solange gibt es auch Soldaten, die in der Armee gegen die bürgerliche Armee kämpfen und auf die allgemeine Wehrpflicht will der Staat nicht verzichten.

Der Kampf der Soldaten in der Maria-Theresienkaserne beweist nicht nur das, sondern er beweist auch, daß gegenwärtig ein kräftiger Aufschwung des antimilitaristischen Kampfes unter den Soldaten stattfindet. Mögen die Militaristen noch so davor zittern, sie können doch nicht alle Soldaten wegen „chronischer Bronchitis" für wehruntauglich erklären. Daß aber gerade an der Art „chronischer Bronchitis", an der Wehrmann K. leidet, eine ganze Reihe Soldaten in der Maria-Theresienkaserne leidet, das haben die entsprechenden Kommandanten bereits zu spüren bekommen und werden sie in der weiteren Zeit noch viel mehr zu spüren bekommen.



Querschläger Nr. 7 erschienen

Zu beziehen über:
QUERSCHLÄGER
1010 WIEN, POSTFACH 848
Treffpunkt der Wiener Querschlägergruppe: Jeden Montag um 19 Uhr im Schottenkeller, 1010 Wien.

Salzburger Aluminiumwerk Lend: Billiger Strom für versprochenen Ausbau

Die Salzburger Aluminiumgesellschaft (SAG) betreibt in Lend ein großes Aluminiumwerk, das sich zu 100% im Besitz eines Schweizer Aluminiummonopols (Alu-Suisse) befindet. Dieses Werk ist einer der größeren Betriebe im Bundesland Salzburg. Bekanntlich ist die Erzeugung von Aluminium sehr stromintensiv. So gehört denn auch die SAG Lend zu den 17 größten industriellen Stromverbrauchern in ganz Österreich. 1973 wurden insgesamt 165 326 GWh Strom verbraucht (zum Vergleich: 1976 verbrauchten *alle* Haushalte der Stadt Salzburg zusammen nur 137 646 GWh elektrische Energie).

Die SAG Lend besitzt zwar ein eigenes Kraftwerk für die Stromerzeugung, dessen Strom reicht aber nur im Sommer - wegen der höheren Wasserführung der Salzach - für die Produktion aus. Im Winter müssen die öffentlichen Elektrizitätsversorgungsunternehmen den „sündteuren Spitzenstrom" (Salzburger Nachrichten vom 22.12.77) liefern. Um diesen Strom noch billiger als sonstige industrielle Sonderabnehmer zu bekommen, versprach der schweizerische Konzern im Jahr 1967 (!), ein neues Preßwerk mit 200 Arbeitsplätzen in Lend zu errichten.

Laut Salzburger Nachrichten (22.12.77) zahlt die SAG für die Kilowattstunde nicht mehr als der größte Stromverbraucher Österreichs, die verstaatlichten Aluminiumwerke in Ranshofen, das sind also ca. 24 g/kWH. Das versprochene *Preßwerk* wurde allerdings *bis heute nicht gebaut*, weil die gespannte internationale Konkurrenzsituation auf dem Aluminiummarkt (so SAG-Vorstand Thym) dies nicht zulasse. Am liebsten wäre den Herren Finanzkapitalisten offenbar ein kostenloser Strom für die SAG und noch teurere Tarife für Haushalt, Gewerbe und Landwirtschaft.

In den letzten 10 Jahren wurden in Lend 400 Arbeiter abgebaut. Dies geschah vielleicht nicht so auffällig wie in anderen Betrieben, sondern „nur" durch den „natürlichen" Abgang durch Pensionierung und Frühpensionierung, wobei dann keine neuen Arbeiter aufgenommen wurden. Mit 31.12.77 arbeiteten nur noch 197 Arbeiter in der SAG Lend.

Die österreichische Elektrizitätswirtschaft!

enthalten im Kommunist 1/78

Zu beziehen über: Alois Wieser Gesellschaft m.b.H., Vertrieb revolutionärer Literatur und Schallplatten, Postfach 13, 1042 Wien

Kundgebung in Graz gegen Strompreiserhöhung



40 Menschen folgten am 3. Februar dem Aufruf der Ortsgruppe Graz des Kommunistischen Bundes Österreichs, gegen die geplanten Strompreiserhöhungen zu protestieren. Der Protestmarsch stieß auf breite Sympathie unter der Grazer Bevölkerung. Etwa 150 Menschen verfolgten bei der Schlußkundgebung auf dem Grazer Hauptplatz interessiert die Rede der Ortssekretärin über die Gründe der wachsenden staatlichen Ausplünderung. 25 „Klassenkampf" wurden verkauft. Nach der Kundgebung wurde noch lange in großen Trauben weiterdiskutiert.

Maria Theresienkaserne: Truppenarzt Kavina treibt kranken Wehrmann zum Selbstmordversuch

Bereits zweimal ist Wehrmann J. vom Bundesheer zurückgestellt worden, er hat seit seiner Kindheit eine zweifache Wirbelsäulenverkrümmung. Wehrmann J. kann aufgrund seines Leidens nur halbtags und das nur sitzend arbeiten. Mindestens neun Stunden täglich muß er in einem Spezialbett liegen.

Anfang Jänner hat man ihn dann schließlich zum Bundesheer eingezogen, obwohl sein gesundheitlicher Zustand bekannt war und man genau gewußt hat, daß er keinerlei militärische Tätigkeit ausüben kann.

Selbstverständlich hatte er ständig Schwierigkeiten wegen seiner „schlechten Haltung", weil er oft zum Arzt mußte und weil er schließlich von allem, selbst vom „Innendienst" befreit wurde. Die schlechten Bundesheerbetten waren für ihn eine besondere Qual. Als einmal Kameraden versuchten, mit ihren Pölstern den Durchhang des Bettes von Wehrmann J. wenigstens halbwegs auszugleichen, ließ der OvT (Offizier vom Tag) bei einer Kontrolle alle Pölster wieder herausreißen. Truppenarzt Kavina hatte für Wehrmann J. nur schmerzstillende Pulver und zynische Worte übrig.

Am 7.2. waren die Schmerzen für Wehrmann J. fast unerträglich und wieder suchte er Dr. Kavina auf. Auf seine Klage über die Schmerzen erhielt er jedoch von Kavina die höhnische Antwort: „Sie werden Ihr ganzes Leben lang Schmerzen haben. Was wollen Sie überhaupt von mir?

In der darauffolgenden Nacht schluckte Wehrmann J. alle Pulver und trank eine größere Menge Alkohol. Er wurde rechtzeitig entdeckt und in das Heeresspital Stammersdorf gebracht, wo man ihn bis heute als „Selbstmörder" festhält.

Die Tatsachen haben es deutlich genug bewiesen, daß die Existenz von Leuten wie Kavina und Zehetmayer beim Bundesheer unverträglich ist mit den Interessen der einfachen Soldaten. *Weg mit Truppenarzt Kavina! Weg mit Hauptmann Zehetmayer!*

Besuch einer Delegation des ZK bei der slowenischen Minderheit in Kärnten

Vom 11.2. bis 13.2. hielt sich eine Delegation des Zentralkomitees des Kommunistischen Bundes Österreichs, unter der Leitung des Sekretärs des ZK, Genossen Walter Lindner, bei der slowenischen Minderheit in Kärnten auf.

Am Sonntag, den 12.2., nahm die Delegation an der Gedenkfeier des Verbandes der Kärntner Partisanen/Zveza koroških partizanov am Grabe des Volkshelden Matija Verdnik-Tomaž in Sveče/Suetschach bei Feistritz i.R./Bistrica v R. teil. Die Delegation legte im Namen des Zentralkomitees am Grabe des berühmten kommunistischen Partisanenführers einen Kranz nieder.

Am Montag, dem 13.2., führte die Delegation mit den beiden Obmännern der slowenischen Zentralorganisationen Dr. F. Zwitter vom Zentralverband Slowenischer Organisationen und Dr. M. Grilc vom Rat der Kärntner Slowenen, ein ausführliches und sehr erfolgreiches Gespräch. Bei dem Gespräch konnte Übereinstimmung über die Lage und Aufgaben im Kampf für die Rechte der nationalen Minderheiten festgestellt werden. Dr. Grilc und Dr. Zwitter berichteten über die nächsten Pläne und Aktivitäten der beiden Organisationen. Sie wiesen auf die große Bedeutung hin, die der Kampf gegen die Diskriminierung der Minderheit und gegen den Chauvinismus in den Kindergärten und den Schulen für den Fortbestand der nationalen Minderheit hat. Da die slowenische Minderheit in einem Gebiet Österreichs lebt, dessen wirtschaftliche Lage besonders schlecht ist, erwachsen aus ihr, zusätzlich zum allgemeinen Germanisierungsdruck, den die herrschende Klasse ausübt, noch weitere Quellen der nationalen und politischen Unterdrückung in diesem Gebiet, berichteten Dr. Grilc und Dr. Zwitter.

Für die nächste Zeit muß und wird sowohl im gemischtsprachigen Gebiet als auch im übrigen Österreich der Kampf gegen die Prozeßwelle gegen slowenische Aktivisten eine hervorragende Rolle spielen.

Die beiden Obmänner der slowenischen Organisationen betonten nachdrücklich die strikte Ablehnung der slowenischen Minderheit gegenüber dem Volksgruppengesetz und den Volksgruppenbeiräten. Sie betonten, daß die Kärntner Slowenen schon seit Jahren den Kampf gegen die Germanisierungspolitik der herrschenden Klasse führten, und daß sie gerade jetzt in einer Situation, in der sich die Bedingungen für den Kampf in mehrfacher Hinsicht verbessert hatten, nicht bereit seien, ihre gerechten Ziele und Forderungen aufzugeben.

Die Delegation des ZK legte ihrerseits die Auffassungen unserer Organisation zur grundlegenden Orientierung und zur gegenwärtigen Lage im Kampf gegen die Diskriminierung der Minderheiten dar. Sie unterstrich die große Bedeutung, die diese Frage für den Klassenkampf in Österreich hat und hob hervor, daß es für seine Entwicklung von großer Bedeutung ist, daß die slowenische Minderheit einen entschlossenen und konsequenten Kampf gegen die Entrechtung und den Chauvinismus der imperialistischen Bourgeoisie führt und sich eng mit der Arbeiterklasse und dem Volk in ganz Österreich im Klassenkampf zusammenschließt.

Zum Abschluß des Gespräches wurden Vereinbarungen getroffen, um die Zusammenarbeit zwischen den beiden slowenischen Zentralorganisationen und unserer Organisation zu intensivieren.

Die ZK Delegation besuchte einige Orte des zweisprachigen Gebietes, die Zentren der Aktionen und des Kampfes für die Minderheitenrechte in den letzten Jahren gewesen waren. Die Delegation führte dort Gespräche mit mehreren Aktivisten der slowenischen Minderheit und konnte sich dabei von der großen Kampfbereitschaft, vom hohen Bewußtsein und von der Aktivität der slowenischen Menschen in diesem Gebiet überzeugen. In den Diskussionen berichteten diese über die schlechte wirtschaftliche Lage, über die große Arbeitslosigkeit, über die wachsende Ausbeutung in den Betrieben der Gegend und über die politischen Auseinandersetzungen in den Betrieben. Sie gaben ein anschauliches Bild der Lage der Minderheit, der vielfältigen Formen und Methoden ihrer Unterdrückung und der ebenso vielfältigen Formen und Methoden des Kampfes dagegen. Sie enthüllten die Wurzeln der Unterdrückung der slowenischen Minderheit im kapitalistischen Charakter der österreichischen Gesellschaft.

Einer der Aktivisten berichtete über die Tätigkeit der Kulturverbände der Kärntner Slowenen, denen für die Erhaltung und Weiterentwicklung der nationalen Minderheit große Bedeutung zukommt. Der Kulturverband von Bleiburg/Pliberk etwa hat an die 100 aktive Teilnehmer, die zwei Chöre, eine Folkloregruppe und ein Laienensemble bilden. Auch auf diesem Gebiet des Lebens der Kärntner Slowenen kann in den letzten beiden Jahren ein Aufschwung festgestellt werden. Der Bleiburger Kulturverein trug durch die Aufführung eines von Hunderten besuchten Kabaretts über die „Volkszählung besonderer Art" am Vorabend des 14.11.76 viel zum erfolgreichen Boykott dieses reaktionären Anschlages der Regierung bei.

Immer wieder kamen die Erfahrungen, die die Kärntner Slowenen im antifaschistischen Partisanenkampf gemacht hatten, zur Sprache. Die große Bedeutung dieser Erfahrungen wurde von den Teilnehmern an den Gesprächen hervorgehoben.

Die Delegation des ZK sammelte bei den Gesprächen mit den Slowenenorganisationen und beim Besuch in den einzelnen Orten wichtige Erfahrungen über die Lage im gemischtsprachigen Gebiet und über die gegenwärtige Situation in der slowenischen Minderheit. Es ist gegenwärtig unbedingt so, daß die Bewegung im gemischtsprachigen Gebiet einen Aufschwung nimmt und sich schon auf einen ziemlich hohen Stand an Bewußtheit und Klarheit stützen kann. Es ist unbedingt so, daß die Regierung, die gegenwärtig versucht, ihr reaktionäres Gesetz, das die jahrzehntealte dunkelste, reaktionärste imperialistische Germanisierungspolitik fortsetzt, praktisch durchzubringen, damit nicht durchkommen wird.

11. März 1938 – „Anschluß" Österreichs

Vor 40 Jahren, am 11. März 1938, marschierten die Truppen Hitlerdeutschlands in Österreich ein. Der „Anschluß" war ein entscheidender Schritt bei der Aufstellung der Nazitruppen für den 2. Weltkrieg.

Wie schon in der vergangenen, so veröffentlichen wir auch in dieser und der folgenden Nummer des „Klassenkampf" eine Zusammenstellung von Fakten und Dokumenten über die Vorbereitung und Durchführung der Okkupation Österreichs von seiten Hitlerdeutschlands, über die Beschwichtigungspolitik der Westmächte und über das Zurückweichen des austrofaschistischen Schuschnigg-Regimes, über die Entfaltung des Widerstandes der österreichischen Arbeiter- und Volksmassen und über die internationale Solidarität mit diesem Widerstand.

16. Februar 1938

Wie Hitler in Berchtesgaden von Schuschnigg gefordert hatte, wird der Nationalsozialist Seyß-Inquart zum Innenminister mit unbeschränkter Polizeigewalt ernannt.

Das Schweigegebot für die Nazipresse in Deutschland über das Berchtesgadener Treffen wird aufgehoben. Hitlers Pressesprecher *Berndt* gibt eine detaillierte Sprachregelung für alle Zeitungen Nazideutschlands heraus: *„Die deutsche Presse muß die Vorgänge in Österreich, die ihre entscheidende Note durch die Kabinettsumbildung und die Amnestie erhalten, mit lebhafter Genugtuung begrüßen und unterstreichen. (...) Es ist eine positive Grundlage für einen friedlichen Ausgleich in Europa geschaffen worden. Während ein Teil der ausländischen Presse sich kürzlich in Krisenmacherei überschlug, hat der Führer daran gearbeitet, Spannungsmomente aus der Welt zu schaffen, und er hat dabei einen großen Erfolg erzielt."*

17. Februar 1938

Eine Versammlung der Gewerkschaftsobmänner und der Hauptvertrauensleute der Wiener Großbetriebe faßt folgende Entschließung:

„Die Vertrauensmänner der österreichischen Arbeiterschaft, zu ernsten Beratungen versammelt, geben ihrem leidenschaftlichen Willen Ausdruck, für die Freiheit, Unabhängigkeit und Würde Österreichs einzutreten. (...)"

20. Februar 1938

Hitler spricht im Reichstag über das Berchtesgadener Treffen mit Schuschnigg. *„Dies alles ist eine Ergänzung im Rahmen des Abkommens vom 11. Juli"* (1937), sagt er. In diesem Abkommen wurde die staatliche Unabhängigkeit Österreichs formell garantiert, dem Inhalt nach aber mit ihrer Untergrabung begonnen. Und Hitler fährt vor dem Reichstag fort: Er dankt Schuschnigg für dessen *„große Bereitschaft zu verhandeln und sein Verständnis"* und sagt, er werde nicht länger die Unterdrückung von zehn Millionen Deutschen außerhalb der Grenzen Deutschlands dulden.

23. Februar 1938

Innerhalb von 48 Stunden unterschreiben mehr als eine Million Arbeiter folgende, in den Betrieben aufgelegte, Resolution:

„Die Vertrauensmänner der Arbeiter und Angestellten erklären namens der von ihnen vertretenen Arbeitnehmerschaft, daß sie bereit sind, jederzeit den Kampf für die Erhaltung eines freien und unabhängigen Österreich, in dem sie selber frei und unabhängig sind, zu führen und sich mit allen zusammenzufinden, die gleich ihnen diesen Kampf ehrlich führen wollen."

28. Februar 1938

Nachdem die Nazis für den Vortag einen großen Aufmarsch der SA aus ganz Österreich in Graz geplant hatten, fand in den Kammersälen eine gemeinsame Veranstaltung der Arbeiter- und Bauernorganisationen statt. Ein Augenzeuge berichtet:

„Der Bauer Roth schloß seine Rede mit den Worten: Straße frei für Arbeiter und Bauern. Der Redner der Arbeiter verlangte Freiheitsrechte. Am Schluß der Kundgebung wurde das Lied „Brüder zur Sonne, zur Freiheit" und anschließend die Bundeshymne gesungen. Der Schwur, für die Unabhängigkeit und Freiheit Österreichs zu kämpfen, wurde von fast allen mit erhobener Faust geleistet. Darauf marschierten größere Massen von Arbeitern, christlichen Turnern und Bauern zum Hauptplatz, wo die Nazis versammelt waren. Die Demonstranten durchbrachen die Polizeiketten und zwangen die Nazis zum Abzug."

1. März 1938

Hermann Göring spricht auf dem deutschen Lufttag in Berlin und macht die nächsten Absichten der Nazis unmißverständlich klar:

„...Darüber hinaus muß sich jeder einzelne klar und bewußt sein, daß in dieser neuen deutschen Luftwaffe nicht ein Friedensparadeinstrument geschaffen wurde, sondern das schärfste Kriegsinstrument, das wir aufzufinden vermochten. (...) Und wenn der Führer in seiner Reichstagsrede jenes stolze Wort gebrauchte, daß wir nicht mehr länger dulden würden, daß zehn Millionen deutsche Volksgenossen jenseits der Grenze unterdrückt würden – dann wißt ihr, Soldaten der Luftwaffe, daß, wenn es sein muß, ihr für dieses Wort des Führers einstehen müßt bis zum letzten."

Unnachgiebige Verteidigung des Streikrechts/ Regierung greift ein

US-Bergarbeiterstreik im 3. Monat

Seit 6. Dezember stehen die Bergarbeiter der USA im Streik für höhere Löhne und Sozialleistungen und für das Streikrecht. Jetzt beginnt den Kraftwerks- und Stahlmonopolen die Kohle auszugehen, sie werden ihre Produktion reduzieren müssen. Der bisher schon äußerst hart geführte Streikkampf tritt in seine entscheidende Phase, die US-Monopole müssen zur Abwürgung des Streiks die ganze Macht des Staates einsetzen.

Die Minenkapitalisten - eng verflochten mit den Stahl- und Ölmonopolen - hatten im Vorjahr versucht, ihre Beiträge zur Kranken- und Rentenversicherung zu kürzen und die Kosten auf die Bergleute überzuwälzen. Vor Jahren hatten die Arbeiter durchgesetzt, daß die Kapitalisten die Sozialversicherung zahlen müssen. Die Minenarbeiter reagierten auf diesen Angriff mit zahllosen Streiks in einzelnen Gruben, die oft auch ganze Regionen erfaßten. Deshalb bestehen die Minenkapitalisten darauf, daß ein Verbot selbständiger Streiks in den neuen Tarifvertrag aufgenommen wird

- Jeder Bergmann soll entlassen werden können, wenn er versucht, einen selbständigen Streik auch in andere Minen zu tragen. Die Tradition, daß die Bergleute Delegierte in andere Minen schicken, um so den Streik zu verbreitern - diese bisher wirksamste Streikwaffe der Minenarbeiter - soll durch den Vertrag gebrochen werden

Um dies durchzusetzen, haben sie die Beitragszahlung in die Sozialversicherung gestrichen und drohten für Anfang Februar mit der Einstellung der Rentenzahlungen.

Aber der Widerstand der Bergleute gegen diese Erpressungsversuche war so stark, daß die reformistische Gewerkschaftsführung nicht nur am Beginn der Tarifverhandlungen die Forderungen der Arbeiter einbringen mußte, sondern auch bis heute keinen ihrer Kompromißvorschläge gegen die Arbeiter aufrechterhalten konnte. Auch der in der 2. Februarwoche vorläufig ausgehandelte Tarifvertrag wird von den Bergleuten nicht anerkannt und ist daher gefallen, obwohl die Kapitalisten bei den Löhnen und Sozialleistungen große Zugeständnisse gemacht haben. Den „kostspieligsten Tarifvertrag in der US-Privatwirtschaft seit Anfang 76" (Neue Zürcher Zeitung, 9.2.) boten sie den Arbeitern gegen den Verzicht auf das Streikrecht. Sie haben sich verrechnet. Die Arbeiter in den Kohlengruben wissen genau um die Bedeutung ihrer schärfsten Waffe. Sie haben sich in den letzten 2 1/2 Monaten auch nie das Recht nehmen lassen, den Streik auszudehnen und auch die Gruben stillzulegen, deren gewerkschaftliche Organisierung die Kapitalisten bis jetzt verhindern konnten.

Sie stellen dort überall Streikposten auf In den ersten beiden Wochen sind mehr als 12 solcher Minen gewaltsam geschlossen worden. Gleichzeitig nimmt auch die Brutalität des staatlichen Gewaltapparats und der von den Minenkapitalisten organisierten Schlägertrupps zu. In Prestenburg (Kentucky) wurde ein Streikposten erschossen.

Bewaffnete Auseinandersetzungen finden täglich statt. Trotzdem treten in immer mehr Minen die Arbeiter in den Streik. Im östlichen Ohio wurde ein Autokonvoi der Bergarbeiter nach Kentucky gebildet, um dort einige Minen zu schließen, Streikposten wurden aufgestellt und die Produktion wird verhindert. Eine Eisenbahnbrücke wurde gesprengt, um den Transport von Streikbrecher-Kohle zu verhindern.

Weder mit Gewaltmitteln noch mit Lockangeboten konnten die Minenkapitalisten bisher den Streik brechen. Er hat große Bedeutung für die ganze Arbeiterklasse der USA einerseits, andererseits für die Durchsetzung des Sanierungs- und Energieprogramms Carters, das die Kohle zum Hauptenergieträger machen will und bis 1985 eine Verdopplung der Kohleproduktion vorsieht. Nach Ablehnung des Kompromisses der Gewerkschaftsführung hat deshalb auch Carter eingegriffen und für den Bundesstaat Ohio den Energienotstand verhängt. Er hat das Recht, eine dreimonatige „Zwangspause" im Streikkampf zu verhängen. Er wird es nicht leicht haben damit durchzukommen, denn die Minenarbeiter gehören zu den kampfstärksten Teilen der Arbeiterklasse. Gleichzeitig geht auch der Streik der Farmer für kostendeckende Preise in die 10. Woche.

Heftiger Streit auf der Belgrader Konferenz - Waffengeklirr der Supermächte

SALT I ist ersatzlos ausgelaufen, SALT II hat sich als hohles Gewäsch erwiesen, die Wiener Abrüstungsverhandlungen existieren kaum noch, und alle weiteren Abrüstungsverhandlungen – außer solchen, die unter dem Deckmantel der Verringerung des Wettrüstens das Atomwaffenmonopol der Supermächte garantieren sollen, wie die, die den „Atomsperrvertrag" weiterführen – werden ebenso ergebnislos verlaufen.

Die Militärbudgets beider Supermächte erreichen noch nicht dagewesene Rekordzahlen.

Die Sozialimperialisten haben einen Vorsprung auf dem Gebiet der konventionellen Rüstung erreicht und konsolidiert. Sie haben auf dem Gebiet der strategischen Waffen gleichgezogen und mit der SS 20, einer Rakete, deren atomare Sprengköpfe die Sprengköpfe der Neutronenbombe ums Dreifache übersteigen, für den Krieg in Europa eine sehr gefährliche strategische nukleare Waffe entwickelt. Die USA-Imperialisten sind also zu entschiedenen Anstrengungen gezwungen. Und sie setzen diese auch. Ihr jüngster Schrei ist neben neuen Panzern dabei die Neutronenbombe. Diese zählt ebenso wie SS 20 zur „Grauzone" zwischen strategischen und taktischen Waffen. Die einen bezeichnen sie als „regionale Abschreckungswaffe", die anderen als „Superwaffe" gegen die Panzerüberlegenheit des Warschauer Pakts. Die russischen Sozialimperialisten betreiben mit ihrer „Antineutronenbombenkampagne gegen die amerikanische Aufrüstung" eine Kampagne für die eigene Aufrüstung. Dies erfolgte im Stile groß angelegter Erpressung gegenüber den westeuropäischen Staaten: „Die Sowjetunion ist entschieden gegen den Bau der Neutronenbombe. Wir verstehen und unterstützen voll und ganz die Stimme der Millionen Menschen in allen Teilen der Welt, die gegen sie protestieren. Doch wenn diese Bombe im Westen entwickelt wird – gegen uns entwickelt wird, woraus keiner den geringsten Hehl macht – dann muß man sich dort darüber völlig im klaren sein, daß die UdSSR kein passiver Beobachter bleibt. Wir werden vor die Notwendigkeit gestellt, auf diese Herausforderung zu antworten, um die Sicherheit des sowjetischen Volkes, seiner Verbündeten und Freunde zu gewährleisten. Im Endergebnis wird das alles das Wettrüsten auf eine noch gefährlichere Stufe heben. Wir wollen das nicht, und darum schlagen wir vor, über einen gegenseitigen Verzicht auf die Produktion der Neutronenbombe zu verhandeln, um die Welt vor dieser neuen Vernichtungswaffe zu bewahren. . . . . Das ist unser Vorschlag an die Westmächte."

Verstärkte Anstrengungen beider Seiten, einen Schritt weiter in der Rüstung zu kommen, offene Debatten über die Feldzugpläne und unverhohlene Drohungen mit neuen Waffen und Panzern – das sind die Begleitumstände für den Schlußbericht der Belgrader „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa"

Die Verstärkung der Kriegsvorbereitungen spiegelt sich aber auch in den Auseinandersetzungen auf der KSZE selbst wider. Die US-Imperialisten haben mit der Menschenrechtskampagne, wenn sie auch den Sozialimperialisten zusetzt, nicht den ideologischen Durchbruch erzielt, den sie sich ursprünglich erhofft haben. Die Schwierigkeiten, die die Menschenrechtskampagne für die russischen Sozialimperialisten ausgelöst hat, folgen nicht aus dieser Kampagne, sondern aus ihrem Anknüpfungspunkt, dem Sozialfaschismus in der UdSSR und der faschistischen Unterdrückung in den besetzten Ländern. Für die russische Delegation ist dabei jeglicher Vorschlag unannehmbar, in dem das Wort „Menschenrechte" vorkommt. Ihre Gegenkampagne läuft schleppend, nicht, weil es keine Empörung über die neue Vernichtungswaffe gibt, sondern weil die Sozialimperialisten als Bannerführer einer solchen Empörung angesichts eigener Aufrüstung unglaubwürdig sind. Dem versuchen sie jetzt durch das alte Argument „Der Westen zwingt uns zur Aufrüstung" entgegenzuwirken.

Die Sozialimperialisten hatten mit der KSZE aber etwas anderes vor, als sich dort ihre „Menschenrechtsverletzungen" vorrechnen zu lassen und diese gegen die in den USA aufzurechnen. Sie wollten die KSZE als Rauchvorhang, hinter dem sie selbst wie wild aufrüsten und als Mittel, die westeuropäischen Länder einzulullen und durch „gesamteuropäische Integration" zu unterwandern. Sie drängen daher auf „sachliche" Arbeit, auf die Verkehrs- und Energiezusammenarbeit und auf allgemeine Erklärungen über die Notwendigkeit der Abrüstung und der Entspannung. Sie lehnen jede Erwähnung der „Menschenrechtsproblematik" ab, während die USA ihre ideologischen Fortschritte dabei im „Schlußbericht" festgeschrieben haben wollen, gerade auch als Mittel der ideologischen Zersetzung des russischen Machtbereiches in Osteuropa.

In jüngster Zeit haben die Sozialimperialisten mit der Abreise gedroht. Sie wollen massiv Druck ausüben, aber sie sind auch die, die ganz besonders am Fortbestand der KSZE interessiert sind. Vor allem aber daran, daß im Rahmen von „Sachgesprächen" eben jene praktische „Materialisierung" der Entspannung stattfindet, mit der sie ihr Vordringen nach Westeuropa fördern und beschleunigen wollen.

Jetzt, wo die Supermächte streiten, werden die Neutralen aktiv. Sie haben einen Kompromiß vorgeschlagen, mit dem beide Supermächte, vor allem aber die UdSSR nicht einverstanden sind. Entscheiden werden die Supermächte. Einig waren sie sich schon jetzt, auf der KSZE alles totzuschweigen, was wirklich an der Aufrüstung und an der Kriegsvorbereitung sowie an ihrer Vormachtstellung auch nur getupft hatte, wie die Vorstöße von Rumänien und Jugoslawien sowie die von Malta gegen die bestehenden Militärstützpunkte im Mittelmeer, gegen neue Stützpunkte der Supermächte, gegen Manöver an Grenzen souveräner Staaten.

Sow

Ende November des Vorjahres begannen die sowjetischen Sozialimperialisten mit einer dreiwöchigen Kriegsübung, deren Zweck die Erprobung eines militärischen Einfalls in den Nahen Osten und Afrika war. Die 12 Prozent der Luftwaffe, die dabei eingesetzt wurden, flogen über sieben Routen Addis Abbeba, Aden und Maputo an. Flottenverbände im Mittelmeer und Indischen Ozean wurden mobilisiert zur 'Sicherung' des Lufttransportes. Im sowjetischen Ural haben Einheiten der Armee die Verlegung in den Nahen Osten geübt. Gleichzeitig ist ein Spionage-Satellit der Kosmos-Serie gestartet worden. Dieses Manöver zeigt die Bedeutung, die die Sozialimperialisten Afrika und dem Nahen Osten im Rahmen ihrer Kriegsvorbereitungen geben.

Noch jede imperialistische Macht, der es um die Neuverteilung der Märkte und Rohstoffquellen ging, hat sich im Nahen und Mittleren Osten festsetzen müssen. Das Horn von Afrika ist dabei ein zentraler Teil.

Der Bab el Mandeb, die Südeinfahrt zum Roten Meer, ist eine der bedeutendsten Meerengen. Zwischen dem afrikanischen Horn und der Arabischen Halbinsel gelegen, ist es mit der Straße von Hormuz die Meerenge, die die Öltanker passieren, wenn sie die arabischen Felder Richtung Nordamerika, Europa und Japan verlassen. Allein auf der Arabischen Halbinsel wurde 1976 rund ein Viertel der gesamten Weltproduktion an Erdöl gefördert.

Die nach wie vor bedeutendste Ölroute geht rund um Afrika, entlang der Ostküste. Die Kontrolle des Westufers des Indischen Ozeans ist für die Hegemonialmächte Bestandteil ihres Strebens nach Kontrolle der Rohstoffquellen. Die Bedeutung des Horns von Afrika steigt noch zusätzlich durch seine vorgeschobene Lage in den Golf von Aden einerseits sowie nach dem Süden Afrikas andererseits. Das alles zusammen begründet die gegenwärtige massive Einmischung des sowjetischen Sozialimperialismus in diesem Raum. Es nützt ihm wenig, wenn seine Flottenverbände abgeschnitten im Mittelmeer und in Wladiwostok liegen, und er sich im Pazifik und Indischen Ozean durch eine Kette amerikanischer Stützpunkte durchschlagen muß. Die Kontrolle über den Suez-Kanal ist für ihn notwendig, weil er das Mittelmeer mit dem Indischen Ozean verbindet. Dazu braucht er den Bab el Mandeb, der den Südeingang zum Roten Meer darstellt. Die russischen Flottenverbände können durch seine Kontrolle den Einfall nach Europa decken.

Unbedingt brauchen die Sozialimperialisten Stützpunkte im Indischen Ozean. Größenmäßig ist ihre Flotte dem US-Konkurrenten hier überlegen. Aber weder strategisch noch technisch kann die gewaltige Flotte ohne Stützpunkte funktionieren. Die USA stehen in einer vergleichsweise guten Position da. Sie haben die alten Kolonialmächte vertrieben und ihre Stützpunkte übernommen. Ihre strategische Defensive gegenüber den Sozialimperialisten hat sie bisher nicht in die Lage gebracht, die Beschlüsse der OAU nach Nichteinmischung von ausländischen Mächten in den Konflikt am Horn zu übergehen, wie dies die Sozialimperialisten getan haben. Ihre Entsendung von 3 Zerstörern an die Küste des Horns zeigt, daß die US-Supermacht unter Umständen eingreifen möchte; können hat sie es bislang nicht.

Den Schwerpunkt ihres militärischen Aufmarsches setzt die Sowjetunion im Golf von Aden, wo auch drei Fünftel ihrer Indischen Ozean-Flotte kreuzen. Als die Sowjetunion 1964 ihre ersten Flottenverbände ins Mittelmeer schickte, konnte man sich leicht ausrechnen, daß sie den Kampf um den Suez-Kanal und den Südeingang

etischer Sozialimperialismus - Hände weg vom Horn von Afrika !

zum Roten Meer bald aufnehmen würde.

Der US-Imperialismus hatte damals mit dem Zionistenstaat, dessen Hafen Eilat am Roten Meer liegt, und dem Stützpunkt in der eritreischen Hafenstadt Massawa eine relativ günstige Position. Von Ägypten und Somalia her versuchte die Sowjetunion das Gebiet unter Kontrolle zu bekommen. Ägypten kontrollierten sie bis 1971 mit Tausenden von „Beratern" und ihrer Flotte vor der Küste. Die Schließung des Suez-Kanals hatte die Bedeutung dieser Position aber vermindert.

1960 erlangte Somalia seine Unabhängigkeit.

Der US-Imperialismus hatte nach dem zweiten Weltkrieg Äthiopien – das bis dahin über Jahrhunderte seine Unabhängigkeit verteidigen konnte – zu seinem Stützpunkt machen können und den Militärapparat des Regimes gewaltig aufgerüstet.

Überall, wo sie hinkam, war die Sowjetunion mit meist jungen Nationalstaaten konfrontiert. Es war ganz klar, daß eine neuerliche offene kolonial-imperialistische Versklavung dieser Völker nicht möglich war. Von Anfang an hat die Sowjetunion Schwierigkeiten der Länder ausnutzen müssen, um sich ökonomisch Einfluß zu verschaffen, strategische Punkte zu besetzen und Stützpunkte aufzurichten.



1961 begann die Sowjetunion, hohe Kredite an Somalia zu vergeben, deren größter Teil mit Waffenverkäufen aus der Sowjetunion verbunden war. Von 1961 bis 1972 beliefen sich die Kredite auf 400 Mio. DM. Schon 1962 beginnen sowjetische Techniker mit dem Ausbau des Hafens Berbera zu einem Tiefseehafen.

Bis in die 70er-Jahre bringt sie schließlich 6.000 „Militärberater" ins Land. Gestützt auf die gewährten Kredite, preßt sie 1974 einen „Freundschaftsvertrag" ab. Sie erläßt Schulden im Wert von 125 Mio. US-Dollar und sichert sich den Hafen Berbera als Stützpunkt. Er wird der entscheidende Stützpunkt der Sowjetunion im Indischen Ozean, der erste außerhalb der Sowjetunion mit hoher strategischer Bedeutung.

Im selben Zeitraum, hauptsächlich ab 1967, verstärkt die Sowjetunion ihre Anstrengungen auf den Meeren. Sie erleidet auch schon die ersten Niederlagen.

Nach langjähriger Infiltration inszeniert sie 1971 einen Putsch im Sudan, der vereitelt wird. In der Arabischen Republik Jemen, deren Hafen Hodeida von der Sowjetunion errichtet wurde, verliert sie ihren Einfluß schon Ende der 60er-Jahre.

Noch während in Äthiopien das Heile Selassie-Regime an der Macht ist, versucht die UdSSR, in direktem Wettstreit, die Positionen der USA in Äthiopien zu übernehmen. 1974 vergaben sie einen ersten großen Kredit in der Höhe von 100 Mio. Rubel. Wenig später wird die Monarchie von einer revolutionären Volksbewegung gestürzt.

Nach zwei Jahren hat der bei den Volksmassen verhaßte US-Imperialismus seinen Stützpunkt in Massawa und die Nachrichtenstation Kagnew, beides in Eritrea, verloren. Von Anfang an geht es den Sozialimperialisten um die unmittelbare Übernahme dieser Positionen. Dazu setzen sie auf gewaltige Waffenlieferungen, auf wüstes Hetzen und Konstruieren von Streitigkeiten. Alles um die Fortsetzung des ungerechten Krieges auch der neuen Regierung Äthiopiens gegen das eritreische Volk durchsetzen zu können. Schon damals hatten die eritreischen Befreiungsbewegungen an die 80% ihres Landes befreit.

Zur Fortsetzung des Kriegs gegen die eritreische Revolution beginnen die Sozialimperialisten, Streitigkeiten zwischen dem Sudan, der die eritreische Revolution unterstützt, und Äthiopien zu konstruieren. Im Sommer erklärten die Sozialimperialisten, der Sudan plane einen Angriff auf Äthiopien. Der sudanesische Präsident Numeiri hat damals im Juni darauf hingewiesen. *„Der Sozialimperialismus will nichts anderes als den afrikanischen Kontinent in eine große Konfliktarena zu verwandeln."*

Tatsächlich intensivieren die Sozialimperialisten ihre Einmischung recht rasch. Als im Juli sich die Kämpfe in den von Somalis bewohnten Teilen Äthiopiens verstärken, setzen die Sozialimperialisten auch hier darauf, die Differenzen zu schüren, und Unruhe zu stiften.

Der Ogadenkonflikt ist ein Konflikt um die Frage des Selbstbestimmungsrechts, der von den Betroffenen selbst geregelt werden kann. Der Konflikt ist ein Erbe der Kolonialherrschaft über Afrika. Im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts hatten die kapitalistischen Mächte Europas Afrika territorial unter sich aufgeteilt. England, die älteste Kolonialmacht, stand dabei in Afrika in hauptsächlicher Konkurrenz zu Frankreich, das seinerseits am Horn Italiens Kolonialbestrebungen unterstützte. 1880/85 unterwarf Italien Eritrea, 1889 begann es mit der Unterwerfung des östlichen Horns („italienisch Somalia"). Frankreich selbst hatte 1862 „französisch Somaliland" erobert. " Die britischen Räuber, die seit 1884 den Nordteil des heutigen Somalien annektiert hatten, trachteten danach, ihren Konkurrenten ein Gegengewicht entgegenzusetzen. Zu diesem Zweck unterstützten sie das unabhängige afrikanische Feudalreich Äthiopien und bewegten es dazu, sich in der Zeit von 1881 bis 1908 nach Osten und Nordosten auszudehnen, und sich eine Reihe von Stammesgebieten zu unterwerfen. 1887 und 1895 erlitt Italien zwei vernichtende Niederlagen durch die äthiopische Armee, die in der Folge mit britischer Unterstützung bis 1908 den Ogaden Äthiopien einverleibte, der an „italienisch Somalia" grenzte und hauptsächlich von Somalis bevölkert war. Die nomadische Somalibevölkerung wurde durch die Kolonialmächte somit in zumindest drei Teile zerrissen. Äthiopien, das seine Unabhängigkeit bewahrt hatte, spielte in der Folge eine bedeutende Rolle im Freiheitskampf Afrikas.

Seit die SU verstärkten Einfluß am Horn erreichte, war sie selbst durchaus bestrebt, diesen Konflikt zu schüren und Somalia gegen Äthiopien zu hetzen, das unter starkem US-Einfluß stand. Schrankenlos setzte sie somit das Werk der alten Kolonialisten fort. 1964 gelang es Äthiopien und Somalia, ein Abkommen über die Beendigung von Feindseligkeiten zu erzielen. Heuchlerisch erklärte die sowjetische Nachrichtenagentur TASS heute, daß der Konflikt „von Imperialisten und Reaktionären" angezettelt sei, um so „Somalia und Äthiopien von ihren natürlichen Verbündeten und Freunden abzutrennen." (nach Neue Zürcher Zeitung, 16.8.). In Wahrheit trifft das vor allem auf die Sowjetunion selbst zu, die nach dem Sturz Heile Selassies in Äthiopien zunächst beide Länder mit Waffen belieferte, um den Konflikt zu schüren und zugleich als „Vermittler" noch fester dort Fuß fassen zu können. Der russische Sozialimperialismus ist der Hauptverantwortliche für die Eskalation dieses Konflikts zwischen 2 unabhängigen afrikanischen Staaten und die fortgesetzte Verneinung des Rechts auf Selbstbestimmung für die Völker am Horn von Afrika.

Wiederholt haben Vertreter Somalias und der OAU festgestellt, daß die Ogaden-Frage eine rein afrikanische Angelegenheit ist und sich ausländische Mächte nicht einzumischen haben. Die fortgesetzte Einmischung der Sozialimperialisten hat jede afrikanische Lösung bislang verhindert. Der Präsident Somalias, Siad Barre, hat im November festgestellt: *„Äthiopien hat Waffenlieferungen aus der Sowjetunion erhalten, die in dieser Zahl und Qualität die Anwendungsmöglichkeiten jedes afrikanischen Landes weit übersteigen und damit ausländisches Eingreifen geradezu provozieren."* (Neue Zürcher Zeitung, 4.11.77).

Nachdem schon im Mai des Vorjahres der Sudan sowjetisches Personal ausgewiesen hat, wirft die somalische Regierung Mitte November die noch anwesenden 2.500 „Berater" aus dem Land, kündigt den „Freundschaftsvertrag" und bricht seine diplomatischen Beziehungen zu Kuba ab. Der Hafen Berbera wird für die sowjetische Flotte geschlossen. Es war dies die dritte schwere Schlappe des sowjetischen Hegemonismus im Roten Meer während eineinhalb Jahren. Jeder solche Rückschlag muß ihre Aggressivität noch steigern.

Im Dezember melden die eritreischen Revolutionäre, daß die von ihnen halbbefreite Hafenstadt Massawa von sowjetischen Kriegsschiffen beschossen wird. Die seit dem August bestehende Luftbrücke wird Anfang Dezember verstärkt. Insgesamt soll vom April des Vorjahres bis jetzt Waffenmaterial im Wert von einer Milliarde Dollar von den Sozialimperialisten antransportiert worden sein. In Addis Abbeba beschneiden die Russen die Souveränität der Regierung und an den Fronten haben kubanische Offiziere das Kommando, wie die eritreanischen Befreiungsbewegungen berichten. Mindestens 3.000 Kubaner und 1.500 Sowjets halten sich nach westlichen Berichten im Land auf.

Im Dezember fliegen russische Piloten Einsätze nach Somalia, unter anderem auf den Hafen Berbera. Der Charakter des gegenwärtigen Konflikts ist eindeutig der, daß es sich um sozialimperialistische Einmischung und Aggression gegen die Völker und Länder am Horn handelt. Am 14. Dezember schreibt eine somalische Zeitung: *„Moskau beabsichtigt, die Spannungen am Horn zu komplizieren, um dies für seine Interessen auszunutzen, das heißt für die völlige Kontrolle über den Indischen Ozean und das Rote Meer. So ist das nicht nur eine Gefahr für Somalia, sondern für alle Länder, die ans Rote Meer und den Indischen Ozean grenzen . . . . . Es ist notwendig, der sowjetischen Arroganz und Hegemonie am afrikanischen Horn zu begegnen."*

An der Entschlossenheit der Sozialimperialisten, ihre Aggression in gesteigertem Ausmaß fortzusetzen, kann kein Zweifel bestehen.

Auseinandertreiben der Länder, ihre Schwächung bis zum Punkt, wo die Imperialisten Bedingungen diktieren können, das war immer noch die Politik der Imperialisten. Aktuell droht heute ein sozialimperialistischer Überfall auf Somalia, der in einem Ausmaß geplant und vorgetragen wird, der den des sowjetischen Überfalls auf Zaire 1977 bei weitem übersteigt. Die Verteidigungsmaßnahmen, die Somalia gegen diesen drohenden Überfall trifft, wie etwa die Generalmobilmachung, sind völlig gerecht.

Die amerikanische Regierung setzt gegenwärtig den Kurs der Beschwichtigung gegenüber der SU fort, die ihrerseits offen militärisch mit Israel am Horn zusammenarbeitet, wie der Zionistenhäuptling Dayan selbst bestätigte.

Der Sowjetbotschafter in Somalia drohte unverhüllt: Wir werden den Somalis „eine Lektion erteilen, die sie nie vergessen werden. Wir werden sie in die Knie zwingen." (Presse, 7.2.78). Somalia hat von mehreren afrikanischen und arabischen Staaten Hilfestellungen erhalten. Darüber hinaus ist es der somalischen Regierung gelungen, in Europa Finanzmittel aufzutreiben, die es notwendig braucht angesichts der Bedrohung.

1965 haben die Länder der Organisation für Afrikanische Einheit festgelegt: *„Mit aller uns zur Verfügung stehenden Gewalt uns gemeinsam und fest allen erdenklichen Subversionen, die von fremden Mächten außerhalb Afrikas gegen Afrika organisiert oder finanziert werden, zu widersetzen."*

Die Arabische Liga hat am 4. September ihre Zusammenarbeit mit der OAU erklärt und ausländische Mächte vor einer Einmischung gewarnt.

Die erste Afro-Arabische Gipfelkonferenz im Mai des Vorjahres sowie die Konferenz der Anrainerstaaten des Roten Meeres im September haben die Völker und Länder weiter zusammengeschlossen im Kampf gegen den Hegemonismus. Eine Front gegen die Ambitionen des Sozialimperialismus am Roten Meer und am Golf von Aden entwickelt sich. Das alles werden die Sozialimperialisten nicht sehr berücksichtigen – aber zu spüren bekommen.

Red.

Indochina: Die russischen Sozialimperialisten wühlen, hetzen, infiltrieren

Seit die Völker von Laos, Kampuchea und Vietnam die US-Imperialisten aus ihren Ländern vertrieben haben, versuchen die russischen Sozialimperialisten sich an deren Stelle zu setzen und sich Indochina zu unterwerfen. Sie wenden dabei alle möglichen Lügen, Tricks und Gaunereien an und heute auch ihre schon bekannte Methode, Widersprüche zwischen Ländern der Dritten Welt zu vertiefen und bewaffnete Konflikte voranzutreiben, um sich als unentbehrlicher Freund und Helfer selbst festsetzen zu können. Wie die Sowjetunion 1971 im Grenzkonflikt zwischen Indien und Pakistan eine Seite „unterstützte" und die andere bekämpfte, wie sie 1975 in Angola die Differenzen zwischen den nationalen Befreiungsorganisationen vertiefte, um einen Bürgerkrieg anzufachen, wie sie sich in die Angelegenheiten des Horns von Afrika einmischt und eine Seite gegen die andere unterstützt, so dient ihr auch der bewaffnete Konflikt zwischen Kampuchea und Vietnam dazu, eine Seite gegen die andere auszuspielen, die Widersprüche zu vertiefen, um ihre Einflußsphäre auszuweiten und sich den Völkern Indochinas in den Nacken setzen zu können.

Schon die Geschichte des Befreiungskampfes der Völker von Vietnam und Kampuchea lehrt, daß die Sowjetunion seit ihrer Verwandlung in eine sozialimperialistische Supermacht ein geschworener Feind der Völker Indochinas, ein Feind ihrer nationalen Unabhängigkeit ist (s. Kasten). Nach ihrem Sieg über die US-Aggressoren und der Errichtung der Volksmacht mußten die Völker von Laos, Kampuchea und Vietnam ihre Unabhängigkeit nicht nur gegen neuerliche Aggressionen des US-Imperialismus, sondern auch gegen den russischen Sozialimperialismus verteidigen. In der Manier der Oberherren über Indochina tobten die neuen Zaren sofort ihre „wesentliche Anteilnahme" am Sieg der Völker. „Der hervorragende Sieg Vietnams ist zugleich ein gemeinsamer Sieg der sozialistischen Länder und aller antiimperialistischen und fortschrittlichen Kräfte . . . ." (Neue Zeit, außenpolitische Zeitschrift der UdSSR Nr. 45, November 75). „Die sowjetischen Menschen können stolz darauf sein, daß unser Land Vietnam . . . . siegen half." (Neue Zeit Nr. 40, Okt. 77)

Schamlos biederte sich die Sowjetunion, die die US-Marionetten-Clique in Kambodscha bis zum letzten Augenblick unterstützt und diplomatisch anerkannt hatte, schon einen Tag nach der völligen Befreiung Kampucheas, an das kampucheanische Volk an, das nunmehr der Herr seines Landes war: In einer Grußadresse vom 18.4.1975 schreiben Breschnew und Podgorny: „Getreu den Prinzipien des Internationalismus und der Solidarität mit den für ihre nationale Befreiung kämpfenden Völkern hat die Sowjetunion immer die kambodschanischen Patrioten, die Nationale Einheitsfront und die Königliche Regierung der Nationalen Einheit Kambodschas unterstützt. Die Sowjetunion wird die traditionellen Beziehungen der Freundschaft und fruchtbaren Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern weiterhin entwickeln und das kambodschanische Volk in seinen Anstrengungen unterstützen, ein friedliches, unabhängiges, neutrales, demokratisches und blühendes Kambodscha zu bauen." (Zitiert aus „International Affairs," Zeitung des Außenministeriums der UdSSR, Mai 1977). Mit solchen Lügen und heuchlerischen Schmeicheleien, die sie bis Herbst 1977 fortsetzte, kam die Sowjetunion nicht an. Das kampucheanische Volk hat den Verrat der russischen Sozialimperialisten nie vergessen und mit seiner Politik der Neutralität und Blockfreiheit, des Aufbaus des Landes gestützt auf seine eigene Kraft, eine feste Mauer gegen jegliche imperialistische Einflußnahme gebaut. Das Demokratische Kampuchea bietet unter Führung der Kommunistischen Partei Kampucheas den Sozialimperialisten nicht die geringste Chance der Infiltration, deshalb hat es sich den unversöhnlichen Haß der neuen Zaren zugezogen.

Die Bemühungen der Sozialimperialisten, sich als neue Oberherren Indochinas sofort an die Stelle der USA zu setzen, ist gescheitert. Ihr Versuch, von Vietnam die ehemals amerikanische Militärbasis Camranh zu erpressen, ist an der Politik der Neutralität und Blockfreiheit der vietnamesischen Regierung gescheitert.

Zugleich versuchten sie, sich als „Helfer" beim Aufbau einer nationalen Wirtschaft Vietnams anzubiedern. Dabei konzentrieren sie sich auf den einseitigen Aufbau der Schwerindustrie als angeblich notwendige Grundlage des Wirtschaftsaufbaus, da dieser Weg ohne die „Hilfe" der Sowjetunion für Vietnam nicht gangbar ist. 1975 gewährten sie Vietnam einen Kredit zu „Vorzugsbedingungen" „für die sozialistische Industrialisierung Vietnams, für die Hebung der Agrarproduktion und des Volkswohlstandes." Gebunden war dieser „Vorzugskredit" an den Import „technischer Hilfe" aus der Sowjetunion für „die Entwicklung seiner Energetik, seines Bergbaus und Hüttenwesens, seiner Chemie, seines Maschinenbaus und anderer Industriezweige, bei der Hebung der Land- und Forstwirtschaft." (Neue Zeit, Nr. 45, Nov. 75)

Die Politik der Sozialimperialisten, durch ökonomische Infiltration ihre Möglichkeiten der Einflußnahme zu heben, zeigt sich auch an den Außenhandelszahlen Vietnams. 1976 standen Exporten in die Sowjetunion von 29,74 Millionen $ Importe aus der SU von 130,15 Mio $ gegenüber (Gesamtimport Vietnams: 273,46 Mio $). 1977 waren die Exporte der SU nach Vietnam schon auf 209,02 Mio $ gestiegen (Gesamtimport 363,16 Mio $), damit deckt die Sowjetunion allein mehr als die Hälfte aller vietnamesischen Importe.

Frech versuchen die russischen Sozialimperialisten, dem vietnamesischen Volk den Weg des Wirtschaftsaufbaus in die Abhängigkeit vorzuschreiben. In der „Prawda" vom 7.2.78 heißt es in einem Artikel über die Probleme Vietnams beim Wiederaufbau und der Konsolidierung der landwirtschaftlichen Produktion: „Indem die Kommunisten Vietnams die Schwierigkeiten dadurch überwinden, daß sie eine neue Technologie einführen – darunter die, die aus der UdSSR und den anderen sozialistischen Bruderländern kommt – gehen sie überzeugt den Weg . . . . zur Schaffung einer mächtigen sozialistischen Landwirtschaft."

Insgesamt ist die Sowjetunion bisher nicht so recht vorangekommen mit ihren Plänen in Indochina und ganz Südostasien. So versucht sie jetzt, Widersprüche zwischen den Völkern Indochinas zu schüren und Konflikte anzustacheln, um dem sozialistischen Demokratischen Kampuchea auf diese Art das Rückgrat zu brechen und alle drei indochinesischen Völker bzw. Länder in Abhängigkeit zu bringen. Sie „unterstützt" eine Seite und verleumdet die andere; gleichzeitig will sie das große Ansehen, das die Volksrepublik China bei den Völkern von Vietnam, Kampuchea und Laos hat, hintertreiben und verfolgt ihre Politik der Isolierung der Volksrepublik Chinas mit Lügen und Verleumdungen.

Hatte die KPdSU im Oktober 1977 anläßlich der Bekanntgabe der Existenz der Kommunistischen Partei Kampucheas noch Süßholz geraspelt, so spricht ihre Presse jetzt nur noch von den „Machthabern in Phnom Penh", bringt Meldungen über angebliche Greueltaten und Aggressionen der Streitkräfte Kampucheas. Das Zentralorgan der ungarischen KP „Nepszabadsag" stellt dem die „außerordentliche Selbstbeherrschung" der vietnamesischen Regierung und deren „Verantwortungsgefühl für das Schicksal der Einwohner des Raumes" gegenüber (8. 2.). Was ist das anderes als Aufforderung zur Aggression? Während die Regierung des Demokratischen Kampuchea Verhandlungen nach Abzug aller Truppen aus fremden Territorien fordert, unterstützt die Sowjetunion jetzt massiv solche Vorschläge, die eine „internationale Garantie und Überwachung" einer Grenzregelung vorsehen. Sich mit Truppen an der Grenze zwischen Kampuchea und Vietnam festzukrallen und sich als Bewahrer des Friedens hinzustellen – das wäre eine Traumrolle für die neuen Zaren im Kreml und würde sie bei ihrem Streben nach Vormacht im südostasiatischen Raum wesentlich weiterbringen.

Die Sowjetunion tut heute alles, um den Konflikt zwischen den beiden sozialistischen Ländern Vietnam und Kampuchea zu eskalieren. Allerdings wird ihr gegenwärtiges Verhalten dazu beitragen, daß der Haß und die Klarheit über ihren wahren Charakter bei den Völkern von Laos, Kampuchea und Vietnam wächst. Die Völker Indochinas, die sich in jahrelangem Kampf selbst befreit haben, lassen sich nicht so leicht neuerlich knechten.

Red.

Die Sabotage des Befreiungskampfes durch die Sowjetunion hat eine lange Geschichte

Schon 1960, als der zweite Widerstandskrieg in Südvietnam begann, und die nationale Befreiungsfront (FNL) gegründet wurde, erklärte Chruschtschow auf einer Pressekonferenz in Wien, daß *„in unserer Zeit 'lokale Kriege' sehr gefährlich sind"*. Und auf einem Treffen mit Imperialisten im Presseclub in Washington warb er 1959 für eine Zusammenarbeit zwischen USA und Sowjetunion mit den Worten: *„Wir werden uns beharrlich bemühen, ... die glimmenden Funken auszutreten, die einen Kriegsbrand entfachen könnten."*

1961, als schon amerikanische „Spezialtruppen" in Südvietnam gegen den Befreiungskampf des Volkes eingesetzt waren, erklärte Chruschtschow in einem Interview mit C.L. Sulzberger, das am 10. September in der Prawda veröffentlicht wurde: *„Wir (die USA und die Sowjetunion) sind die mächtigsten Staaten der Welt. Wenn wir für den Frieden zusammenstehen, wird es keinen Krieg geben. Wenn es dann doch noch einen Besessenen gibt, der einen Krieg vom Zaun zu brechen versucht, sollte es genügen, wenn wir mit dem Finger drohen, um ihn zum Schweigen zu bringen."*

Als Anfang 1968 die TET-Offensive der Befreiungsfront in Südvietnam durchgeführt wurde, wodurch die strategischen Absichten des US-Imperialismus endgültig zum Scheitern gebracht wurden, hatte die Sowjetunion nichts Eiligeres zu tun, als am 6.2.1968 den US-Botschafter zu Geheimgesprächen einzuladen. Und am 14.2. bzw. 16.2., während die Offensive der Befreiungsfront anhielt erklärten Kossygin und Breschnew in Reden in Minsk bzw. Leningrad, die Vietnamfrage sei nicht „mit militärischen Mitteln" zu lösen, man müßte den Weg einer politischen Lösung gehen. Angesichts der laufenden Offensive der Befreiungsfront war eindeutig, gegen wen sich diese Mahnung richtete: nicht gegen die USA, sondern gegen die Befreiungsfront.

Als schließlich Ostern 1972 die Volksbefreiungsarmee eine neue landesweite Offensive gegen die Marionettentruppen vortrug und die USA Anklage gegen die Sowjetunion erhoben, wegen ihrer Waffenlieferungen an die Demokratische Republik Vietnam, da erklärten sowjetische Diplomaten in Moskau: *„Die Offensive der Befreiungsfront geht nicht von uns aus, wir waren schon immer gegen eine militärische Lösung des Konflikts."* (Le Monde, 10.5.1972).

Bis 1965 lieferte die Sowjetunion den Befreiungskämpfern keine Waffen, danach nur wenig, vor allem aber keine schweren oder Luftabwehrwaffen. Als 1970 die US-Marionettenclique um Lon Nol gegen das kambodschanische Staatsoberhaupt Sihanouk putschte und dem Einfall des US-Imperialismus in Kambodscha Tür und Tor öffnete, fand die GRUNK (Königliche Regierung der Nationalen Einheit), die fest zum Kampf gegen die Aggressoren entschlossen war, und das Volk dazu mobilisierte, keine Unterstützung bei den neuen Zaren im Kreml.

Ein Sprecher der sowjetischen Botschaft in Phnom Penh erklärte 1970, daß die Sowjetunion *„nicht die Absicht habe, die Beziehungen mit Kambodscha abzubrechen"*.

1972 war die GRUNK schon von 64 blockfreien Staaten anerkannt, die Volksbefreiungsstreitkräfte hatten den Großteil des Landes befreit. Aber die Sowjetunion übernahm es sogar, der Lon Nol Clique den Weg aufs internationale Parkett zu ebnen. Am 17. 10. 1972 in Paris auf der Tagung der UNESCO stimmte der sowjetische Vertreter ungeachtet der scharfen Opposition vieler Vertreter für die Teilnahme der vom kambodschanischen Volk nicht anerkannten Lon Nol Clique an dieser Tagung.

Im Herbst 1973 mußte die Sowjetunion, um sich in dieser Frage nicht völlig zu isolieren und zu entlarven, die GRUNK anerkennen, hielt aber ihre Beziehungen zur Lon Nol Clique aufrecht. Im weiteren bezeichnete sie den Kampf des kambodschanischen Volkes um seine nationale Befreiung als „Bürgerkrieg". Ein sowjetischer Diplomat: „Unsere Position ist, daß dies eine Angelegenheit zwischen Kambodschanern ist, und daß wir sie in friedlicher Weise geregelt sehen wollen." (Washington Post, 9.1.74)

Noch bei der UN-Vollversammlung im Herbst 1974 verhinderte die Sowjetunion die Anerkennung der GRUNK als einzig legitime Vertreterin des kambodschanischen Volkes. Dort wurde eine Resolution von 33 Staaten – darunter der VR China – eingebracht, die die Wiedereinsetzung der GRUNK in ihre legitimen Rechte bei der UNO und den Ausschluß der Lon Nol Clique forderte. Sie wurde von der Sowjetunion nicht unterstützt und mit 58 gegen 56 Stimmen bei 20 Enthaltungen die Nichtbefassung des Antrags beschlossen.

Als im April 1975 die Befreiungsstreitkräfte Phnom Penh befreiten, mußte der russische Botschafter genauso wie die der USA, Israels und Frankreichs, Kambodscha verlassen.

Maltakonferenz: Imperialistenpläne von der Patriotischen Front Zimbabwes durchkreuzt

Ende Jänner sind Vertreter der patriotischen Front von Zimbabwe mit Vertretern der amerikanischen und britischen Imperialisten auf Malta zusammengetroffen. Die Gespräche wurden am 1. Februar abgebrochen. Der britische Außenminister Owen vor seinem Parlament voll Traurigkeit: *„Ich sehe eine Lage eintreten, in der dieses Haus gezwungen sein könnte, die Anerkennung einer Regierung zu prüfen, die die Macht im bewaffneten Kampf erobert hat."*

So wird es sein. Ein weiteres Mal sind sie auf Malta gescheitert: die amerikanischen Imperialisten, die das Treffen eingefädelt haben, die britischen Imperialisten, die das Wort führen durften, und das Kolonialregime Smiths. Vereitelt wurde ihr Versuch, die Patriotische Front zu spalten und wenigstens einen Teil zur Zustimmung zu ihren Plänen einer „Übergangsregierung" zu bewegen. Die Pläne sehen die Übergabe der Macht an einen britischen Militärkommissar für die Übergangszeit bis zur Abhaltung „freier Wahlen" unter Aufsicht eben dieses Kolonialkommissars vor. Der Plan wurde von den Führern der Patriotischen Front, Robert Mugabe und Joshua Nkomo, erneut zurückgewiesen und die Machtübergabe an die Patriotische Front verlangt.



Revolutionäre Doppeltaktik der Patriotischen Front

Eine Maltakonferenz war schon ein alter Plan Owens. Sie hätte die Genfer Gespräche vom Vorjahr fortsetzen sollen, um den bewaffneten Kampf der ZANLA, der vereinten Streitkräfte des zimbabwischen Volks, der sich nach dem Scheitern der Genfer Verhandlungen umso schwungvoller entwickelte, zu bremsen und Smith eine Atempause zu verschaffen. Der damalige Versuch Owens schlug fehl. Der Volkskrieg in Zimbabwe ging stürmisch voran und errang Sieg um Sieg. Die internationalistische Unterstützung durch die Völker der Welt beschleunigte diesen Vormarsch. Die Regenzeit hat begonnen und damit eine neue verstärkte Offensive der ZANLA. Auf der anderen Seite sind die Manöver Smiths, eine sogenannte „interne Lösung", einen Verfassungsvertrag mit den schwarzen Marionetten Muzorewa, Sithole und Chirao auszuhecken, nicht weitergekommen. Höchste Zeit also für die britischen und amerikanischen Imperialisten, einen neuerlichen Versuch zu starten, die Befreiung des Volks von Zimbabwe aufzuhalten! Der Plan war folgender: Der Patriotischen Front wird der alte britisch-amerikanische Vorschlag aufgetischt, und gleichzeitig soll Smith wieder „intern" verhandeln, damit auf diese Weise Druck auf die Patriotische Front ausgeübt wird. Sie wird dann vielleicht den Kampf abschwächen und für Kompromisse bereit sein.

Die sowjetischen Sozialimperialisten, erfahrene Verbrecher im Spalten von Befreiungsbewegungen, sind ebenfalls an allen Plänen interessiert, die ihnen die Chance lassen, ihren Einfluß zu erhöhen und ihre Stiefel nach Zimbabwe zu setzen.

Der Plan war gut ausgeheckt. Aber ist er schon voriges Jahr gescheitert, so mußte er heute, wo die Kräfte des Volks von Zimbabwe weit stärker sind, erst recht scheitern.

Die Vertreter der Patriotischen Front fahren nach Malta und bekräftigen ihren Standpunkt. Gleichzeitig intensiviert die ZANLA ihre Offensive und attackiert eine Goldmine in der Nähe von Salisbury. Den schwarzen Marionetten vergeht in solcher Lage die Lust am Packeln: Smith bekommt keine Unterschrift. Die amerikanischen und britischen Vertreter müssen auf Malta erklären, daß etwaige Absprachen des Salisbury-Marionettentreffens sowieso null und nichtig wären. Die revolutionäre Doppeltaktik, sich auf den bewaffneten Kampf zu stützen, ohne Verhandlungen mit dem Gegner abzulehnen, ist aufgegangen und das konterrevolutionäre Doppelspiel der USA, Großbritanniens und des Kolonialregimes durchkreuzt. Das Volk von Zimbabwe wird sich mit der Waffe in der Hand die nationale und soziale Befreiung erkämpfen.

Allerdings, was Owen vor dem britischen Parlament prophezeit, das wollen die Imperialisten um jeden Preis verhindern. „Schande!" rief die Oppositionspartei, als Owen weitere Verhandlungen vorschlug. Die Bourgeoisie spricht ziemlich offen Interventionspläne aus: *„Die Sache ist einfach. Wenn die Guerillaführer an einem unabhängigen Zimbabwe teilhaben wollen, dann sollen sie sich an den Verfassungsgesprächen in Salisbury beteiligen. Wenn sie das nicht tun werden und sich nicht zu einem Waffenstillstand bereitfinden, bedeutet das, daß sie mit Waffengewalt den Sieg davontragen wollen. Das heißt, daß sie niedergeschlagen werden müssen."* (Daily Telegraph).

Dieser Imperialistentraum wird sich allerdings nicht verwirklichen lassen. Denn es geht nicht nach den Vorstellungen der Imperialisten. Das Volk von Zimbabwe läßt sich nicht niederschlagen. Es hat 1977 bedeutende Siege errungen, kontrolliert heute mehr als ein Drittel des Landes und hat dort mit dem Aufbau einer neuen Wirtschaft und Kultur begonnen. Es hat die Unterstützung der Völker weltweit. Sein Sieg ist gewiß.

Politisches Programm der Afrikanischen Nationalunion von Zimbabwe (ZANU)

In: „Kommunist" Nr. 10/77
Preis S 25.-

„Kampflied von Datjing"



Der Dokumentarfilm „Kampflied von Datjing" zeigt die große Schlacht um die Erschließung des Erdölfeldes Datjing im Norden Chinas Anfang der 60er-Jahre, einer Zeit der Blockade und intensiven Sabotagemanöver der Sowjetrevisionisten. Er zeigt, wie die Arbeiter Datjings unter Führung der revolutionären Linie Mao Tse-tungs mit großem Kampfgeist, im scharfen Kampf mit dem Revisionismus, und trotz äußerst schwierigen Bedingungen das Ödland in ein Industriegebiet neuen Typs umwandelten. Datjing ist das rote Banner in der Industrie, Vorbild und Ansporn für alle Arbeiter Chinas. Dieser Dokumentarfilm, der den revolutionären Geist der Erdölarbeiter und ihrer Familienangehörigen und den Sieg der revolutionären Linie Mao Tse-tungs rühmt und verbreitet, wurde vor der Kulturrevolution gedreht. Die parteifeindliche „Viererbande" haßte das rote Banner Datjing, das ein Bollwerk der Revolution auch gegen ihre Absichten zur Restauration des Ausbeutersystems war. Da sie im Literatur- und Kunstwesen Machtpositionen innehatte, unterdrückte und verbot sie die Aufführung des Films. Heute wird er in ganz China wieder unter großer Begeisterung der Volksmassen gezeigt.

Der Kommunistische Bund Österreichs, dem eine Kopie des Films zur Verfügung steht, wird das „Kampflied von Datjing" in den nächsten Monaten an vielen Orten Österreichs zeigen.

Im Gedenken an den Volkshelden Matija Verdnik- Tomaž

Vor 35 Jahren: Erster Aufschwung des antifaschistischen und nationalen Befreiungskampfes in Südkärnten

Jährlich am 12.2. finden in Kärnten Gedenkveranstaltungen über den antifaschistischen Befreiungskampf des Jahres 1943 statt. Die Hitlerfaschisten hatten Europa unter ihre Herrschaft gebracht und das erste Land des Sozialismus, die revolutionäre Sowjetunion, überfallen, um sie als geistige Heimat und Vorbild für Millionen Arbeitermassen zu liquidieren. Überall, wo die Faschisten ihre blutige Herrschaft errichteten, so auch in Kärnten, kämpften Arbeiter, Bauern und alle demokratisch und antifaschistisch gesinnten Menschen gegen die faschistische Tyrannei, gegen die Ausplünderung und vor allem gegen den ungerechten Krieg der Monopolkapitalisten. Damit trugen sie wesentlich zur raschen Vernichtung der deutschen Faschisten bei. War doch dieser Widerstand eine direkte Unterstützung für die sowjetische Rote Armee, da er zusätzliche deutsche Truppen von der Sowjetunion fernhielt. Andererseits schuf der große Vaterländische Krieg der Sowjetunion die Bedingungen dafür, daß die Arbeiter- und Bauernmassen im Zuge ihres Widerstandskampfes daran gehen konnten, ihre eigenen Vorstellungen einer Gesellschaft zu verwirklichen.

In Kärnten begannen die Faschisten damit, das alte imperialistische Ziel der gewaltsamen Germanisierung und Entnationalisierung zu verwirklichen. „Macht dieses Land deutsch!" hieß die Parole, und bereits im Jahre 1942 wurden als ein Schritt dazu 100 slowenische Familien zwangsweise ausgesiedelt.

In Form der Organisierung von Ausschüssen der Volksbefreiungsfront (Osvobodilna fronta – OF) begann der Widerstand. Es galt, die Bevölkerung von der Notwendigkeit des bewaffneten Widerstandskampfes zu überzeugen und sie in die organisatorischen, politischen und militärischen Vorbereitungen einzubeziehen.



Teilnehmer an der I. Konferenz der OF in Kärnten im April 1943. Als erster von links im Bild Karel Prušnik-Gašper, der jetzige Vorsitzende des Kärntner Partisanenverbandes.

Bereits im August 1942 fand der erste bewaffnete Kampf mit faschistischen Einheiten statt, wobei 10 Faschisten und zwei Partisanen ums Leben kamen. Die allseitigen Vorbereitungen auf den antifaschistischen Befreiungskampf führten im Jahre 1943 zum ersten großen Aufschwung des Widerstandskampfes. Im Winter 1942/43 wurde die erste organisierte Partisaneneinheit in den Karawanken (Petzen bei Bleiburg/Pliberk) zusammengestellt. Es waren 12 Partisanen, die in der Umgebung von Eisenkappel/Železna kapla operierten. Der Einfluß dieser Gruppe war sehr wirksam, so daß sie sich wegen des Zustroms von vor allem Bauern und Waldarbeitern im März 1943 zum I. Kärntner Bataillon konstituierte, in drei Gruppen unterteilt war und zu regelmäßigen militärischen Aktionen überging. So wurde am 3.4.43 Mieß (Mežica) besetzt. Die Partisanen überfielen einen vollbesetzten Kinosaal, wo gerade ein faschistischer Propagandafilm lief, vernichteten Film und Vorführgeräte und führten eine politische Veranstaltung durch. Im Zuge dieser Aktion wurden Waffen und Munition für das gesamte Bataillon beschlagnahmt. Einige Tage später erfolgte eine ähnliche Aktion in Feistritz im Rosental/Bistrica v Rožu.

Diese Aktionen hatten neben der Waffenbeschaffung eine entscheidende politische Bedeutung. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich die Nachricht von den erfolgreichen Kämpfen der Partisanen und stärkte so die Moral der Bevölkerung.

Auf diesen Aufschwung der Partisanenbewegung reagierten die Faschisten mit brutalem Terror. Am 24.4.43 wurden im Wiener Grauen Haus 13 Antifaschisten aus Zell Pfarre/Sele hingerichtet. All diese Unterdrückungsmaßnahmen aber bestärkten nur die politische Linie der OF, nämlich die Notwendigkeit des sofortigen bewaffneten Widerstandskampfes!

Als Ereignis mit großer politischer Bedeutung kann auch die I. Konferenz der politischen und militärischen Aktivisten der OF, die am 12.5.1943 in Kärnten stattfand, betrachtet werden. Auf dieser Konferenz wurden Fragen behandelt, die sich auf die Verbreitung des Partisanenkampfes bezogen. Ihre Bedeutung liegt in der organisatorischen Vereinheitlichung der slowenischen Befreiungsfront, die nunmehr landesweit (in Südkärnten) operierte und über eine einheitliche Leitung verfügte.

Um dieser Ereignisse des Jahres 1943 zu gedenken, fand am 12.2.78 am Friedhof von Suetschach/Sveče eine Gedenkveranstaltung, organisiert vom Kärntner Partisanenverband (Zveza koroških Partizanov) statt. Besonders gedachte man des Volkshelden Matija Verdnik-Tomaž, der hier begraben liegt.



Matija Verdnik-Tomaž – Kommunist und Volksheld

Matija Verdnik-Tomaž war der Organisator des Partisanenkampfes im Rosental, wo er am 16.9.1916 in Suetschach/Sveče geboren wurde. Er gilt als ein Beispiel eines konsequenten kommunistischen Kämpfers für die soziale und nationale Befreiung.

Sein Vater mußte den Heimatort verlassen und nach Jesenice übersiedeln. Mit ihm ging auch der junge Matija nach Jesenice.

Hier wurde er auch 1937 Mitglied der Kommunistischen Partei Sloweniens. Als Jugoslawien 1941 okkupiert wurde, war er einer der ersten, der dem Ruf der Freiheit folgte und Partisan wurde. Als solcher erfüllte er wichtige Aufgaben, so etwa als Kommissar des Cankar-Bataillons. Anfang 1943 kam er nach Kärnten und baute im Zuge des militärischen Aufschwungs der Partisanenbewegung auch die politische Organisation der OF auf. Es gelang ihm, binnen kürzester Zeit 20 Ausschüsse der OF zu gründen, sodaß bereits im Februar für das gesamte Rosental ein Bezirksausschuß der OF installiert werden konnte. Dieser betreute das Gebiet zwischen Klagenfurt/Celovec und Villach/Beljak.

Matija Verdnik-Tomaž maß der Verbindung zur deutschsprachigen Bevölkerung große Bedeutung bei.

Er war es auch, der die ersten Kontakte zu deutschsprachigen Antifaschisten in Klagenfurt/Celovec und Villach/Beljak und sogar in der Steiermark herstellte, und alle jene, die aus der deutschen Wehrmacht desertierten (sogenannte grüne Kader, da sie sich in den Wäldern versteckt hielten) für die Partisanenbewegung gewann.

Am 1. Februar 1944 erlag er den Verletzungen, die er sich in einem Gefecht am 28. 1. 1944 zugezogen hatte.



Illegale Literatur in slowenischer und deutscher Sprache zeugen vom antifaschistischen Befreiungskampf





Am 12. 2. fand in Suetschach/Sveče eine Gedenkfeier für die gefallenen Partisanen am Grabe des Volkshelden Matija Verdnik-Tomaž statt. Auch eine Delegation des ZK des KB Österreichs legte dort einen Kranz nieder. Der Vorsitzende des Kärntner Partisanenverbandes K. Prušnik hielt die Gedenkrede. Er sagte unter anderem: „Das Gedenken an die großen Söhne der Kärntner Erde gibt uns und den zukünftigen Generation den Ansporn und erlegt uns die Pflicht auf, im gerechten und heiligen Kampf für den Weiterbestand und die Gleichberechtigung der Kärntner Slowenen auf ihrer Heimaterde zu verharren, für die sie so viele Opfer gebracht haben."